

Kommunistische Agenten in der deutschen Osteuropa-Forschung 1963-1982 vor dem Hintergrund der neuen Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung

Smolorz, Roman P.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Smolorz, R. P. (2006). Kommunistische Agenten in der deutschen Osteuropa-Forschung 1963-1982 vor dem Hintergrund der neuen Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung. *Totalitarismus und Demokratie*, 3(1), 111-140. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-310567>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kommunistische Agenten in der deutschen Osteuropa-Forschung 1963–1982 vor dem Hintergrund der neuen Ostpolitik der Brandt-Scheel-Regierung

Roman P. Smolorz



Dr. phil. Roman Paul Smolorz, geb. 1967 in Beuthen/Oberschlesien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Amt für Archiv und Denkmalpflege Regensburg (Anschrift: Heitzerstr. 10, 93049 Regensburg). Studium der Geschichts- und Rechtswissenschaften sowie der Westslawischen Philologie an der Universität Regensburg; 2001 Promotion über den „Real existierenden Sozialismus in der Wirtschaft am Beispiel des pol-

nischen Bergbaus 1945–1956“; 2001–2003 Leiter eines wissenschaftlichen Projekts zur Zwangsarbeit in Regensburg. Mitherausgeber der Reihe „Regensburger Hefte zur Geschichte und Kultur im östlichen Europa“.

Abstract

Between 1963 and the 1980s the major part of the scientific, ethnographic and cultural institutions in the Federal Republic of Germany was spied out by the Polish Office of Public Security. This essay deals with the personal responsibility for the espionage, with the methods of working of this Security-Office and inquires the importance of the communist influence on the intellectual life in Western Germany in the 1970s and 1980s.

Die Aktenüberlieferung zur sog. Objektsache¹ „Wesera“ – im Folgenden als das Unternehmen „Wesera“ bezeichnet – des Amts für Öffentliche Sicherheit bei der Woiwodschafts-Kommandantur der Bürgermiliz in Kattowitz (Urząd Bezpieczeństwa Publicznego Komendy Wojódzkiej Milicji Obywatelskiej w Katowicach) – hier in Anlehnung an die Fachliteratur² stets Staatssicherheitsamt,

- 1 Eine „Objektsache“ wurde vom Staatssicherheitsdienst für den Fall aufgenommen, dass Institutionen und Organisationen vom Ausland gegen Volkspolen feindlich tätig zu sein schienen. Zu diesen zählte man u. a. „fremde Nachrichtendienste, Zentren ideologisch-politischer und zionistischer Diversion sowie wissenschaftliche Institute, die sich mit der Thematik der sozialistischen Länder befassten und sog. revisionistische Organisationen in der BRD“ (vgl. Załącznik do Zarządzenia nr 006/70 Ministra Spraw Wewnętrznych z dnia 1 lutego 1970. In: Tadeusz Rudzikowski [Bearb.], Instrukcje pracy operacyjnej aparatu Bezpieczeństwa 1945–1989, Warszawa 1994, S. 136).
- 2 Vgl. Manfred Alexander, Kleine Geschichte Polens, Stuttgart 2003, S. 320; Jerzy Lukowski/Hubert Zawadzki, A Concise History of Poland, Cambridge 2001, S. 260; Jörg K. Hoensch, Geschichte Polens, 3. neubearb. und erw. Auflage Stuttgart 1998, S. 300–316.

-dienst oder Staatssicherheitsbehörde genannt – offenbart einen bisher kaum diskutierten Aspekt der Geschichte der Geschichtswissenschaft. Dieser bezieht sich auf die Historikerzunft: Rudolf Jaworski machte in der 2002 veröffentlichten Aufsatzsammlung zum Thema der deutschen Ost- und der polnischen Westforschung Anmerkungen, die daraufhin zielen, sich mit der so genannten „Frontwissenschaft“ auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie auch mit Personen auseinanderzusetzen.³ Zu diesem Forschungsansatz gehört es nicht nur, die Vergangenheit bestimmter Akteure der Politik, der Wissenschaft und der Kultur im Nationalsozialismus und im Stalinismus zu ermitteln, sondern darüber hinaus auch die derjenigen Personen, die sich in den 1970er und den 80er Jahren als Austauschstudenten, Stipendiaten, Wissenschaftler oder Künstler aus dem Ostblock in Westdeutschland aufhielten. Denn einige standen, was „Wesera“ belegt, im Dienst der kommunistischen⁴ Staatssicherheit, wirkten also keineswegs im Sinne einer freien Wissenschaft. Bei Untersuchungen der Personalpolitik stünde freilich nicht im Vordergrund, den nationalen Gegensatz zwischen Polen und Deutschen, wie er bei Jaworski vordergründig erörtert wurde, durch einen systempolitischen Gegensatz zu ersetzen. Vielmehr sollte die Erkenntnis gewonnen werden, dass, wenn man sich mit dieser Thematik heute auseinandersetzt, der Wissenschaft in Mitteleuropa kein Skandal ins Haus steht, wie ihn einst die deutsche Geschichtswissenschaft mit der personellen Kontinuität über die Zäsur von 1945 erlebte, beispielsweise mit Theodor Schieder.⁵

Die Interpretation des ermittelten Falls „Wesera“ bezieht sich auf zwei Punkte: zum einen auf die bilateralen politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, zum anderen auf die einzelnen Aussagen der Archivalien, die historisch gesicherte Geschehnisse widerspiegeln. Gerade das Bild der sozialliberalen Ostpolitik seit 1970 erscheint im Spiegel von „Wesera“ unvollständig. Im Mittelpunkt stehen daher die Veränderungen zu Beginn der 1970er Jahre sowie eine Analyse der Aktivitäten des polnischen kommunistischen Sicherheitsdienstes auf bundesdeutschem Boden unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle dabei Institutionen und welche die von

3 Rudolf Jaworski, *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung in ihren historisch-politischen Bezügen*. In: Jan M. Piskorski/Jörg Hackmann/Rudolf Jaworski, *Deutsche Ostforschung und polnische Westforschung im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik*, Osnabrück/Poznań 2002, S. 11–23, hier 12 f.

4 Zur Plausibilität in der Verwendung des Begriffs „Kommunismus“ siehe Andrew Roberts, *The State of Socialism: A Note on Terminology*. In: *Slavic Review*, 2 (2004), S. 349–366. Parallel wird hier als Hilfskonstruktion der Begriff des „real existierenden Sozialismus“ verwendet, welcher zeigen sollte, dass versucht wurde, die Utopie des Kommunismus in reale Formen umzusetzen.

5 Theodor Schieder war Träger des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, hatte aber durch eine Denkschrift von 1939 erheblich zur Entstehung des Generalplans Ost der Nationalsozialisten beigetragen (vgl. Jörg Hackmann, *Deutsche Ostforschung und Geschichtswissenschaft*. In: Piskorski/Hackmann/Jaworski, *Deutsche*, S. 25–45, hier 26, Anm. 4 sowie 42, Anm. 96); Götz Aly, „Dass uns Blut zu Gold werde“: Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reiches. In: *Menora*, 9 (1998), S. 13–27.

ihnen verpflichteten Personen spielten; die Anwerbung neuer Mitarbeiter im Westen Europas ist jedoch kein Teilthema dieses Aufsatzes. Die notwendige Quellenkritik der Aktenüberlieferung kommunistischer Sicherheitsdienste stellt eine fachbezogene Herausforderung dar. Daher wird auch eines der Ziele dieser Studie sein, einen praktischen Beitrag dazu zu leisten.

I. Die neu zugänglichen Quellen und ihre Grundaussagen

Die Aktenüberlieferung des Unternehmens „Wesera“ wird vom „Institut des Nationalen Gedenkens“ (Instytut Pamięci Narodowej⁶) verwaltet. Von Warschau aus steuerte das zentralistisch organisierte Sicherheitssystem Volkspolens⁷ die Überwachung der Wissenschaft im In- und Ausland. Verantwortlich für diese Aufgaben war Wiktor Borodziej.⁸ Man spricht mit Berufung auf die bisher ausgewertete Aktenüberlieferung davon, dass ungefähr 20 Prozent der Wissenschaftler im kommunistischen Polen die Zusammenarbeit mit dem staatlichen Sicherheitsapparat aufgenommen hatten.⁹ Da in der Nachkriegszeit die Kontakte Oberschlesiens zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund historischer Gegebenheiten auf institutioneller Ebene sowie wegen familiärer und freundschaftlicher Beziehungen in Polen am stärksten waren, wurde mit der Recherche in der Kattowitzer Abteilung des Institutes des Nationalen Gedenkens begonnen, ohne die Tatsache aus den Augen zu verlieren, dass es in Warschau ebenfalls Quellen zum hier behandelten Thema gibt.¹⁰ Dieser spekulative Gedanke hat einst, worauf das vorgefundene Material in Kattowitz hindeutet, auch das Leitungspersonal der Staatssicherheitsbehörde in Warschau veranlasst, das Unternehmen „Wesera“ insbesondere in Oberschlesien in die Tat umzusetzen.

Die Akten zu „Wesera“ belegen, dass ein großer Teil der bundesdeutschen wissenschaftlichen, heimatkundlichen und kulturellen Institutionen durch das Staatssicherheitsamt spätestens seit 1963 und bis über das Jahr 1982 hinaus be-

6 URL: www.ipn.gov.pl.

7 Vgl. Wojciech Frazik/Bogusław Kopka/Grzegorz Majchrzak, *Dzieje aparatu represji w PRL 1944–1989*, Warszawa 2004, S. 4–10; Paweł Piotrowski, *Struktury Służby Bezpieczeństwa MSW 1975–1990*. In: *Pamięć i Sprawiedliwość*, 1 (2003), S. 51–107.

8 URL: www.rzeczpospolita.pl/gazeta/wydanie_050623/kraj/kraj_a_7.html.

9 Vgl. Amalia Łukasiak, *Profesorowie z przeszłością*. In: *Newsweek-Polska* Nr. 26 vom 5.7.2005, S. 32.

10 „O realizacji zaplanowanych czynności Wydz. III Dep. II MSW w Warszawie poinformowany zostanie oddzielnym meldunkiem“ (Archiwum Oddziałowe Instytutu Pamięci Narodowej Katowice [AOIPNKa]/030/195 t.1, S. 15). Die Einsicht in die Repertorien des Warschauer Archivs des IPN ist aufgrund gesetzlicher Regelungen gegenwärtig (Dez. 2005) nicht möglich (Mitteilung Anna Lasek, Leiterin des Büros für Aushändigung und Archivierung von Dokumenten in Warschau vom 7.12.2005, Az.: BU III3-5551-22/05).

schattet wurde. Diese Spionage¹¹ lief über die gesamte hier angesprochene Zeit unter dem Decknamen „Wesera“.

Der sog. operative Angriff des Staatssicherheitsamtes galt der „bundesdeutschen Ostforschung“.¹² Beobachtet wurden also die Einrichtungen der Osteuropaforschung, ferner wissenschaftliche Institutionen, die mit der Osteuropaforschung in Verbindung standen oder einer solchen Verbindung verdächtig waren, so beispielsweise die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das Max-Planck-Institut und das Goethe-Institut. Überdies beschattete die polnische Staatssicherheitsbehörde das bundesdeutsche Archivwesen und die Archäologie – explizit die Landesdenkmalämter – sowie Kultur-Institutionen.

In den 1960er Jahren wurden vor allem die Osteuropa-Institute München, West-Berlin, das Seminar für Osteuropäische Geschichte der Universität Frankfurt am Main und die Pädagogische Arbeitsstelle für Ostfragen in Ingelheim sowie das Herder-Institut Marburg, die Ostdeutsche Akademie Stuttgart und das Institut für Geographie an der Universität Kiel beobachtet.¹³ Ende der 1960er Jahre waren Mitarbeiter polnischer Staatssicherheitsdienste auch an der Universität München tätig.¹⁴ In allen genannten Institutionen installierte man eine Agentur,¹⁵ also Kundschafter.

11 Unter Spionage wird die Auskundschaftung und Erlangung von fremden politisch relevanten Informationen verstanden, hier zumal aus dem Bereich der Geisteswissenschaften. Gelegentlich wird von Spionage-Arbeit gesprochen, wenn die V-Leute aktiv in das sozialpolitische Leben beschatteter Personen oder Institutionen eingriffen. Mehr zu den Definitionen von Spionage siehe ferner URL: www.net-lexikon.de/Bundesamt-fuer-Verfassungsschutz.html.

12 Von der Teildisziplin Ostforschung spricht man von etwa 1918 an. Nach dem Zweiten Weltkrieg wandelte sich die Bezeichnung allmählich zur Osteuropaforschung; gleichwohl behielt diese Teildisziplin dank einer unbestrittenen personellen Kontinuität ihre politische Indienstellung (vgl. Hackmann, Deutsche, S. 27–30).

13 Vgl. Kierunkowy plan pracy po linii rewizjonizmu zachodnio-niemieckiego na lata 1968–1969 vom 20.12.1967 (AOIPNKa/030/188t. 2, S. 307 f.); Wykaz ważniejszych ośrodków i działaczy organizacji rewizjonistycznych w NRF vom 28.2.1963 (AOIPNKa/ 030/188t. 2, S. 80); Mitteilung des Weiterbildungszentrums Ingelheim vom 11.8. 2005. Die Schriftstücke mit der Signatur 030/188 wurden der Aktenüberlieferung zum sogenannten Unternehmen „Ośrodek“ entnommen.

14 Ein informeller Mitarbeiter [IfM] Michał, der an der Universität München an seiner Promotion seit 1964 gearbeitet hatte, sollte 1969 zur Meldung nach Polen zurückbeordert werden (vgl. Kierunkowy plan pracy po linii rewizjonizmu zachodnio-niemieckiego na lata 1968–1969 vom 20.12.1967 [AOIPNKa/030/188t. 2, S. 308]).

15 Als Agentur werden alle geheimen Mitarbeiter bezeichnet: Informanten, Residenten und Agenten (vgl. Tadeusz Rudikowski, Tajni współpracownicy pionów operacyjnych aparatu bezpieczeństwa 1950–1984. In: Pamięć i Sprawiedliwość, 1 [2003], S. 109–131, hier 111, Anm. 12); Uniszewski spricht in diesem Zusammenhang von der Gesamtheit aller Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes, die in einem Netz vereint seien und entsprechend den festgelegten Regeln der Konspiration arbeiteten (vgl. Zdzisław Uniszewski, Żargon zawodowy pracowników śledczych i operacyjnych, Wrocław 1999, S. 141).

Seit 1971 nahmen die Dienste das Osteuropa-Institut Konstanz,¹⁶ das Institut für Slawistik an der Universität Hamburg, das Auslandsinstitut der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft [RWAG] Dortmund sowie die Humboldt-Stiftung Berlin ins Visier. Im Jahr 1974 kamen das Forschungsinstitut für Internationale Politik und Sicherheit in Ebenhausen – 2005 SWP Berlin –, die Freie Universität, das Institut für Soziologie in Berlin-West hinzu sowie das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg in Stuttgart.¹⁷ Das Max-Planck-Institut in Heidelberg geriet 1975 ins Netz der Beschattung, ferner die Zentrale des Goethe-Instituts in München.¹⁸ In den 80er Jahren beobachtete das Kattowitzer Staatssicherheitsamt das Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien in Köln.¹⁹

Überdies wurde eine Agentur bei folgenden Einrichtungen installiert: im Wagner-Kreis in Bayreuth, in der Stiftung Haus Oberschlesien in Ratingen bei Düsseldorf, im Kulturwerk Schlesien in Würzburg, beim Radio Deutsche Welle und im Deutschlandfunk sowie im Kulturreferat der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau und in weiteren ausschließlich politischen Institutionen bis zur Ministerialebene im bundesdeutschen Inland und im Ausland.²⁰

Es wurden aber auch polnische Einrichtungen in die sog. operative Arbeit des Unternehmens „Wesera“ einbezogen, auch dort entsprechend den Richtlinien von „Wesera“ insbesondere wissenschaftliche Institutionen. Beispielsweise wurden für den Sicherheitsdienst relevante Informationen an der Technischen Universität (Politechnika) in Gleiwitz, im Schlesischen Wissenschaftsinstitut²¹ an

- 16 Welche Institution mit der Bezeichnung Osteuropa-Institut Konstanz der V-Mann meinte, ist nicht feststellbar. Sicher gab es zur damaligen Zeit noch keine Professur für osteuropäische Geschichte an der Universität Konstanz, gleichwohl den Fachbereich Sprachwissenschaft-Slavistik (nach telefonischer Mitteilung von Frau Prof. Bianka Pietrow-Ennker).
- 17 Vgl. Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy obiektowej krypt. „Wesera“ vom 11.8.1971 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 7); Wykaz pracowników Ośrodków d/s Wschodu NRF podejrzanych o współpracę z tamt. Służbami specjalnymi vom 26.2.1974 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 99); Doniesienie TW „Aldona“ vom 31.10.1983 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 281–283).
- 18 Vgl. Doniesienie TW „Kuba“ vom 1.10.1975 (AOIPNKa/030/195t.2, S. 255); Doniesienie TW „Pawłowski“ vom 30.10.1975 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 273–276).
- 19 Vgl. Informacja dot. charakterystyki prof. dr. Georga Strobel, prac. Ostforschung w RFN vom 8.5.1980 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 236 f.).
- 20 Vgl. Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. Zagadnienia Instytutów Badania Wschodu FRN na lata 1973/74 vom 1.10.1973 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 9–11); Plan pracy i przedsięwzięcia po zagadnieniu niemieckim referatu służby bezpieczeństwa KMMO Katowice na lata 1973/1974 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 11); Notatka służbowa vom 11.3.1974 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 100); Kierunkowy plan pracy po linii rewizjonizmu zachodnio-niemieckiego na lata 1968–1969 vom 20.12.1967 (AOIPNKa/030/188t. 2, S. 307).
- 21 Eines der vielfältigen Aufgabenfelder des Schlesischen Wissenschaftsinstituts war es, „die revisionistische Tätigkeit in der BRD“ zu erkunden (vgl. Edmund Męclewski, Powrót Polski nad Odrę, Nysę Łużycką, Bałtyk, Warszawa 1971, S. 559).

der Schlesischen Universität in Kattowitz, im Institut für Germanische Philologie in Sosnowiec und im Schlesischen Institut in Oppeln gesammelt.²²

„Abgeschöpft“ wurden bundesdeutsche Besucher in Polen, vor allem Wissenschaftler der Osteuropaforschung, Archivare des Bundesarchivs, Vertreter verschiedener Bildungsgemeinschaften und von Fall zu Fall auch gewöhnliche westdeutsche Touristen oder Privatbesucher.²³

Die Motive für die Nachrichtentätigkeit erhellen sich aus der Aktenüberlieferung des polnischen Staatssicherheitsdienstes: Nach dem Abschluss der Ostverträge 1970²⁴ ging man in diesem Dienst davon aus, dass die gemeinsame Grundlage der wissenschaftlichen und politischen Tätigkeit aller bundesdeutschen Einrichtungen und Institutionen der „Ostforschung“ ihre antikommunistische Orientierung sei, welche den traditionellen großdeutschen Nationalismus verberge.²⁵

II. Zeithistorische Einordnung

Bereits 1949 begann das polnische Staatssicherheitsamt, informelle Mitarbeiter [IfM] unter der einheimischen Bevölkerung in Polen aus den so genannten ehemaligen „faschistischen Kreisen“²⁶ anzuwerben. Sie sollten zunächst lediglich den einheimischen oberschlesischen Revisionismus auskundschaften. Im Jahre 1956 beschatteten die Agenten dieses Sicherheitsdienstes bereits einige Bundes-

22 Vgl. Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy obiektowej krypt. „Wesera“ vom 11.8.1971 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 7, 13); Wykaz pracowników Ośrodków d/s Wschodu NRF podejrzanym o współpracę z tamt. Służbami specjalnymi vom 26.2.1974 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 101); Notatka służbowa vom 25.3.1977 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 59 f.).

23 Vgl. Doniesienie służbowe dot. Heinrich Boberach vom 25.10.1971 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 30); Doniesienie służbowe TW „Czech“ vom 14.1.1972 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 99); Doniesienie służbowe TW „Pawłowski“ vom 2.5.1981 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 251); Doniesienie służbowe TW „Tadeusz II“ vom 3.12.1981 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 260).

24 Siehe dazu Josef Joffe, Westverträge, Ostverträge und die Kontinuität der deutschen Außenpolitik. In: Europa-Archiv, 28 (1973), S. 111–124; Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (Hg.), Bonn und Warschau – vier Jahre nach dem Vertrag. In: Osteuropa-Archiv, 1975, S. A211–A217; Henryk Wuttke, RFN i NRD wobec problemu niemieckiego 1949–1982, Katowice 1987.

25 Vgl. Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy obiektowej krypt. „Wesera“ vom 11.8.1971 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 4).

26 Unter dem Begriff „faschistische Kreise“ bzw. „deutsche Revanchisten“, den politisierten Losungsworten kommunistischer Machthaber, verstand die Propaganda diejenigen Deutschen, die in irgendeiner Weise die deutschen Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten unterstützten, sowie diejenigen, die die Rechtmäßigkeit der Oder-Neiße-Linie als die endgültige Westgrenze Polens in Frage stellten. Dziurok liefert zahlreiche Belege dafür, wie diese propagandistischen Termini angewendet wurden (vgl. Adam Dziurok, Śląskie rozrachunki, Warszawa 2000, S. 244 f.).

bürger, vor allem die einstigen Großindustriellen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, Angehörige der Familien von Ballestrem, von Donnersmark und von Hohenlohe.²⁷

Das Jahr 1970 ist für diesen Themenkomplex besonders bedeutsam, weil es für die sich verändernde Ostpolitik²⁸ der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnend ist. Dabei zeigt sich aber – anhand der nun vorliegenden archivalischen Belege –, dass die Beobachtung durch staatsdienstliche Organe Polens weder 1970 noch in den Folgejahren endete, vielmehr sehr flexibel und differenziert gegenüber Objekten westlicher polen- oder osteuropabezogener Forschung fortgeführt wurde. Die 1970er Jahre waren aus der Sicht der Kommunisten eine Zeit, in der die damals „aktuellen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen [VRP] und der Bundesrepublik Deutschland sowie die sich entwickelnden Wirtschafts-, Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen zwischen beiden Staaten eine neue Situation schufen, die von unserem [der polnischen Staatssicherheitsbehörde – Anm. d. Verf.] operativen Handeln mehr Effizienz und gestärkte Aufklärung neuer Formen, Methoden und Situationen in denjenigen Institutionen verlangen, die sich mit der so genannten Ostforschung befassen“.²⁹

III. Quellenanalyse

Zu den bearbeiteten Archivalien lässt sich Folgendes sagen: „Wesera“ wurde von der Abteilung III des Departements II des Amtes für Öffentliche Sicherheit ausgeführt, gleichwohl muss auch die Abteilung I des Departements I eine Rolle dabei gespielt haben.³⁰ Ob die genannten Warschauer Archivalien³¹ ebenfalls „Wesera“ beinhalten, wurde bisher nicht festgestellt. Ebenso liegen keine Personalbögen zu den im Text erwähnten Personen vor, meistens aufgrund von datenschutzbedingten Sperrzeiten im Archiv oder weil diese Bögen in der Fülle des Archivmaterials noch nicht ausfindig gemacht werden konnten.

Diese Fülle der Aktenüberlieferung kommunistischer Sicherheitsdienste ist in allen postkommunistischen Staaten beträchtlich. Immerhin erfolgt der Zugang zu diesem Material aufgrund der politischen Veränderungen eher schnell und

27 Vgl. Założenie teczki zagadnieniowej vom 28.9.1956 (AOIPNka/02/723, S. 1–59).

28 Vgl. Anm. 80.

29 Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. zagadnienia Instytutów Badania Wschodu FRN na lata 1973/74 vom 11.10.1973 (AOIPNka/030/195t. 1, S. 9); die erste Definition von Ostforschung stammt von Herbert Schlenger. Sie diente jedoch nach Meinung Jörg Hackmanns aus Greifswald nicht als wissenschaftlicher Ansatz (siehe dazu Hackmann, Deutsche, S. 29).

30 Vgl. Piotrowski, Struktury, S. 58, 62; URL: (www.rzeczpospolita.pl/gazeta/wydanie_050623/kraj/kraj_a_7.html).

31 Vgl. Anm. 10.

mühe los.³² Bei der Aktenüberlieferung „Wesera“ handelt es sich zunächst um operative Pläne des Kattowitzer Amtes für Öffentliche Sicherheit bei der Woiwodschafts-Kommandantur der Bürgermiliz. Sie enthalten Hinweise auf die ausführenden, schon gewonnenen und auf die erst umworbenen informellen Mitarbeiter – hier werden sie auch als V-Leute bezeichnet – sowie auf die Ziele und Aufgaben ihrer Tätigkeit. Des Weiteren liegen Rapporte dieser informellen Mitarbeiter vor.

Bei der ersten Gruppe der Quellen, den Schriftstücken der Behörden – im Gegensatz zu denjenigen der informellen Mitarbeiter –, muss berücksichtigt werden, dass die Kattowitzer Pläne den Richtlinien des Innenministeriums in Warschau Rechnung tragen mussten, die bisher nicht vorliegen. Im kommunistischen Polen,³³ wie unter allen Unrechtssystemen, machten die Grenzen des Terrors auch vor den eigenen Reihen keinen Halt.³⁴ Daher sind die Pläne untergeordneter Stellen, gerade der Staatssicherheitsbehörde, auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen. Denn sie können beispielsweise in ihrem Umfang – in den Ergebnissen ohnehin – gezielt übertrieben worden sein, damit ihre Urheber stets eine Rechtfertigung gegenüber dem Vorwurf angeblich fehlender Überzeugung, der Sabotage oder sogar des Verrats vorweisen konnten. Gerade durch interne Säuberung nämlich zeichnete sich auch in Polen³⁵ das kommunistische System aus.³⁶

Zudem gibt es gezielte Fälschungen in den Unterlagen des Sicherheitsamtes;³⁷ dies ist auch bei der Analyse der Richtungspläne der Staatssicherheitsbehörde zu beachten. Von solchen Fälschungen spricht Nowak-Jeziorański, der zu den ausspionierten Auslandspolen im Rahmen des Unternehmens „Wesera“ zählt.³⁸

32 Vgl. Andrzej Paczkowski, *Archiwa aparatu bezpieczeństwa PRL jako źródło: co zostało już zrobione, co można zbadać*. In: *Pamięć i Sprawiedliwość*, 1 (2003), S. 9–21, hier 9.

33 Allgemein über Polen der 70er und 80er Jahre siehe Jerzy Maćków, *Totalitarismus und der politische Wandel in Polen*, Hamburg 1992, bes. S. 194 f.; *Erinnerungen ehemaliger Mitarbeiter der polnischen kommunistischen Staatssicherheitsbehörde* belegen, dass dieser Dienst einem Mitarbeiter nicht nur Privilegien bot, sondern diesen im Rahmen einer alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfassenden Kontrolle und der Bewachung auch des privaten Lebens von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes auch höchst gefährlich werden konnte, bis zu informellen Todesurteilen und deren Vollstreckung (vgl. Barbara Stanisławczyk/Dariusz Wilczek, *Pajęczyna*, Warszawa 1992, S. 46, 59).

34 Mehr dazu siehe Carl Joachim Friedrich/Zbigniew Brzezinski, *Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur*. In: Eckhard Jesse (Hg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung*, Bonn 1996, S. 225–236, hier 231, Pkt. 3.

35 Vgl. Andrzej Albert, *Najnowsza Historia Polski 1914–1993*, 2.–5. Auflage London 1994, Band II, S. 67, 133 f., 209, 215, 531–574.

36 Vgl. Manfred Hildermeier, *Die Sowjetunion 1917–1991*, München 2001, S. 41, 63, 88, 127; Markus Mauritz, *Tschechien*, Regensburg 2002, S. 173–175.

37 Vgl. Paczkowski, *Archiwa*, S. 10 f.

38 Vgl. Dobrosława Platt (Hg.), *Listy 1952–1998*. Jan Nowak-Jeziorański Jerzy Giedroyc, Wrocław 2001, S. 397 f.

Auffällig sind der schematische Aufbau der Kattowitzer Pläne, ihr Inhalt und ihre Ziele von den 1960er bis in die 1980er Jahre.³⁹ Geändert wurden lediglich die Methoden der Umsetzung bei der geplanten operativen Arbeit. Diese Veränderungen gingen nicht auf das Wirken der polnischen Staatssicherheitsbehörde oder des polnischen Parteikaders zurück, sondern ergaben sich in erster Linie, wie zu zeigen sein wird, aus dem Wandel der Politik in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ostblock am Anfang der 70er Jahre.⁴⁰ Erst an zweiter Stelle trug dazu der Kaderwechsel Gomułka-Gierek in Polen 1970 bei.

Noch unsicherer stellen sich die Berichte der informellen Mitarbeiter dar, die in den Westen entsandt worden sind. Diese Berichte werden hier zur zweiten Gruppe der zugänglich gewordenen Quellen gezählt.

Ein polnischer IfM besaß entsprechend den Richtlinien des Staatssicherheitsamtes ein eigenes Netz von Informanten und wurde in der internen Sprache des Amtes als *Resident* bezeichnet. Dieser zeichnete sich durch politische Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit aus; er wurde angeworben, um den Organen der Staatssicherheitsbehörde die Arbeit mit Informanten zu erleichtern.

In ihrem religiösen Bekenntnis durften die IfM nicht „fanatisch gläubig“ sein, da sonst Gefahr bestand, dass sie in der Beichte eine Ausflucht suchten. Ferner durften sie keine Gegner der im Lande herrschenden Ideologie und nicht mit den eigenen „Figuranten“ – also den beschatteten Personen – verwandt oder befreundet sein. Die IfM gehörten zu den wertvollsten Informationsquellen des Sicherheitsamtes.⁴¹ Trotzdem unterlag ihre Arbeit einer regelmäßigen, internen Kontrolle.⁴²

Die IfM hatten sich zunächst an die Sprache sowie die Ideologie des Sicherheitsapparates zu halten.⁴³ Diese Sprache weist eine besondere Lexik auf und operiert oft mit Abkürzungen – nicht ohne Absicht floss ihr Charakter in diese Arbeit ein.⁴⁴ Sie verwendet Decknamen und zeichnet sich durch einen militä-

39 Das Thema schematischer Berichterstattung polnischer Staatssicherheitsdienste und des MfS in der DDR griff Ende 2002 Sauerland auf. Vgl. Karol Sauerland, Idyllenkomplot. Neues Archivmaterial der polnischen Stasi. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 293 vom 17.12.2002, S. 42.

40 Vgl. Notatka służbowa dot. nowych form oddziaływania instytucji RFN powiązanych z ośrodkami rewizjonistycznymi na obywateli PRL za granicą i w kraju vom 25.2.1977 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 59).

41 Vgl. Ruzikowski, Tajni, S. 112 f.

42 Vgl. Wojciech Frazik/Filip Musiał, Akta agenturalne w pracy historyka. In: Zeszyty historyczne WiN-u, 19/29 (2003), S. 315–339, hier 319.

43 Auf die besondere Dialektik, die Verwendung von Metaphern und Vergleichen in den „Spitzelberichten“ verwies neulich Reinhard Müller bei der Beschreibung der Tätigkeit von Herbert Wehner (vgl. Chronik: Stalin – eine Bilanz aus deutscher Sicht am 5. März 2003 im IfZ München. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 3 [2003], S. 468–470, hier 468); Kamiński spricht in diesem Zusammenhang von einer „internen Sprache“ des Sicherheitsapparates, welche die Ideologie mit der Fachsprache der Mitarbeiter verbindet. Vgl. Łukasz Kamiński, Lingua securitatis. In: Pamięć i Sprawiedliwość, 1 (2003), S. 209–216, hier 209.

44 Vgl. Christian Bergmann, Die Sprache der Stasi, Göttingen 1999, S. 16–64; Kamiński, Lingua, S. 210–216.

risch-vertraulichen Charakter aus.⁴⁵ Zudem bevorzugt sie Modalsätze oft im Konjunktiv,⁴⁶ da diese im Vergleich zu Feststellungen im Indikativ einen Interpretationsspielraum zulassen. Die Ideologie schrieb vor, Adjektive bzw. Substantive wie imperialistisch/Imperialismus, revanchistisch/Revanchismus oder kapitalistisch/Kapitalismus immer und nur pejorativ aufzufassen und zu verwenden.

Die Berichterstatter standen aus zweierlei Gründen unter besonderem Druck, ihren Auftrag zu erfüllen. Ihre Erfolge im Sinne des Auftraggebers ließen sich nur mit zufriedenstellenden Berichten erweisen. Sie erhielten einerseits für ihre Tätigkeit Geld oder sonstige Leistungen, wie beispielsweise die Möglichkeit, im Westen Europas zu leben, zu lernen und zu arbeiten – Grund genug, eine Leistung zu erbringen.⁴⁷ Andererseits liefen sie bei unzuverlässiger Berichterstattung Gefahr, als Verräter oder Überläufer angesehen zu werden. Im Anschluss daran endete freilich die aus der Sicht eines im Ostblock lebenden Bürgers privilegierte Tätigkeit im „kapitalistischen Westen“, und der IFM kehrte in die „realsozialistische Realität“ des Heimatlandes zurück.

Es versteht sich, dass zu dieser Untersuchung auch gehört, die Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes⁴⁸ vor dem Hintergrund der aus Polen stammenden Quellenaussagen zu analysieren, auch wenn die Arbeitsweise der zwei Sicherheitsdienste grundverschieden ist, da der BND die Politik lediglich mit Informationen unterstützt. Seine unmittelbare Einflussnahme auf den politischen Alltag, wie es im real existierenden Sozialismus bei den Nachrichtendiensten der Fall war,⁴⁹ wurde im demokratischen System allein durch die unabhängige Justiz verhindert. Dem Autor ist immerhin eine Person bekannt, die im Auftrag des BND in Polen die Politik, die Wissenschaft und die Kultur ausspionierte.⁵⁰ Professor Buchhofer⁵¹ erwähnte in einem Schreiben an den Autor, ihn habe etwa 1969 eine Person zu Hause besucht und sich nach seinen beruflichen Chancen erkun-

45 Ähnlich dazu Bergmann, *Die Sprache*, S. 9; mehr über Decknamen siehe Uniszewski, *Żargon*, S. 101 f.

46 Vgl. Uniszewski, *Żargon*, S. 60.

47 Ruzikowski nennt weitere Argumente bei der Anwerbung für die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheitsbehörde. Es wurden echte oder gefälschte Dokumente, die den Umworbenen diskreditieren konnten, ausgespielt oder man appellierte an die ideologische Überzeugung des Kandidaten, falls diese Methode opportun erschien. Vgl. Ruzikowski, *Tajni*, S. 114.

48 Der BND agiert im Vorfeld der Gefahrenabwehr, sammelt und wertet Informationen aus, nimmt aber keine exekutiven Funktionen wahr, da diese ausschließlich den Polizeibehörden zustehen. Vgl. Eckhard Jesse, *Nachrichtendienste*. In: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hg.), *Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, 2. neu bearb. Auflage Opladen 1995, S. 386.

49 Die Verflechtung der Sicherheitsdienste und der Partei, welche die Exekutive, Legislative und Justiz im realsozialistischen System steuerte, wurde von Dominiczak nachgewiesen. Vgl. Henryk Dominiczak, *Organy bezpieczeństwa PRL 1944–1990. Rozwój i działalność w świetle dokumentów MSW*, Warszawa 1997, S. 64 f.

50 Dieser Zeitzeuge wollte anonym bleiben; daher wird sein Name nicht erwähnt.

51 Im Jahre 1975 erschien die detaillierte Bestandsaufnahme der oberschlesischen Industrien für die Zeit von 1944 bis 1970. Vgl. Ekkehard Buchhofer, *Die gewerbliche Wirtschaft Oberschlesiens seit 1945*. In: Richard Breyer (Hg.), *Oberschlesien nach*

digt. Diese Person habe einen interessanten Arbeitsplatz anzubieten gehabt. Sie habe zwar ihren Auftraggeber nicht genannt, aber eine Visitenkarte mit einer Pullacher Adresse hinterlassen.⁵² Dr. Bonać behauptet, dass er vom BND beschattet wurde.⁵³ Die Indizien auf eine rege Werbetätigkeit unter den bundesdeutschen Osteuropaspezialisten und -forschern jüngerer Generation – um 1970 – sind also vorhanden. Die Forschungen über den BND sind allerdings gegenwärtig nur unter großem Aufwand zu betreiben.⁵⁴

IV. Zur Interpretation der Quellen

1. Historische Relevanz der Quellen für das Selbstverständnis des politischen Systems Volkspolens

Zu den gefährlichsten Gegnern des kommunistischen Systems in Polen zählten nicht nur die katholische Kirche,⁵⁵ seit 1979 mit dem aus Polen stammenden Papst Johannes Paul II. an der Spitze, und der antikommunistisch gesinnte Teil der polnischen Gesellschaft,⁵⁶ sondern auch – jedenfalls in den Augen der Herrschenden in Polen – die Bürger⁵⁷ der Bundesrepublik Deutschland,⁵⁸ unter ih-

dem Zweiten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1975, S. 98–264; schriftliche Mitteilung Ekkehard Buchhofer vom 1. 5. 2003.

52 Schriftliche Mitteilung Ekkehard Buchhofer vom 30. 5. 2003.

53 Schriftliche Mitteilung Vladimir Bonać vom 2. 9. 2003.

54 Berhorst schrieb in seinem Artikel „Der Spion, der aus dem Auffanglager kam“, dass die Urheber der Ausstellung, von denen er berichtete, es nicht verschwiegen hätten, dass ihnen die Archive der westlichen Geheimdienste nur begrenzt offen gestanden hätten. Vgl. Ralf Berhorst, Der Spion, der aus dem Auffanglager kam. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 294 vom 20. 12. 2002, S. 13.

55 Über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen 1944–1958 siehe Bohdan Cywiński, Ogniem próbowane. Z dziejów najnowszych Kościoła katolickiego w Europie Środkowo-Wschodniej, Band 2: I was prześladować będą, Lublin/Rom 1990, S. 13–151; über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen 1944–1989 siehe Dieter Bingen, Die Republik Polen, 2. Auflage München 1999, S. 140–147; als Ergänzung siehe Jerzy Myszor (Bearb.), Leksykon duchowieństwa represjonowanego w PRL w latach 1945–1989, 2 Bände, Warszawa 2002–2003.

56 Vgl. Albert, Najnowsza, Band 2, S. 524–530, 688–697, 720–738, bes. S. 692 f.

57 „Aber nicht nur der Papst, polnische Bürger, a priori nach dem Krieg verdächtige Deutsche bzw. Volksdeutsche in Polen, auch die Bundesbürger wurden durch polnische Geheimdienste spioniert. Zu den gefährlichsten zählten deutsche Wissenschaftler“ (vgl. Sauerland, Idyllenkomplott, S. 42). Die bundesdeutsche Gesellschaft stellte als Ganzes deshalb eine Gefahr dar, weil sich ihr Staat als Nachfolger des „Dritten Reiches“ und ihre Bundeswehr als Nachfolgerin der Deutschen Wehrmacht erklärt hatte (vgl. Włodzimierz Borodziej, Der Zweite Weltkrieg. In: Andreas Lawaty/Hubert Orłowski [Hg.], Deutsche und Polen, München 2003, S. 68–77, hier 76); als die allerwichtigste Stütze der „revisionistischen Umtriebe“ wurde in Polen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland angesehen, die dem „revisionistischen Element“ materielle und politische Unterstützung gewähre. Vgl. Adam Dziurok/Adam Dziuba, Die

nen – aus politisch-praktischer Veranlassung – insbesondere die westdeutschen Osteuropaforscher.⁵⁹ Bereits 1960 wurde eine Ausstellung unter dem Titel „Wissenschaft im Dienste des Drangs nach Osten“ konzipiert, die in Posen stattfand.⁶⁰ Die Rolle der deutschen Wissenschaft während der Herrschaft des Nationalsozialismus wurde im Ostblock zum Thema schlechthin.⁶¹ Polnische Kommunisten wurden darüber informiert, dass die deutsche Osteuropaforschung,⁶² ähnlich wie der Bundesnachrichtendienst,⁶³ personell in das NS-System verstrickt gewesen sei.⁶⁴ Die Frage, ob es zu dieser Verstrickung eine Alternative gegeben hätte, wurde nicht erörtert.⁶⁵ Tatsache war allerdings, dass beide

-
- Aufdeckung und Bekämpfung des „revisionistischen Elements“ in der Woiwodschaft Kattowitz in den fünfziger und sechziger Jahren. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 2 (2003), S. 254–280, hier 272 f.).
- 58 Im Jahre 1951 wurde der Dienst für polnische Wehrpflichtige um ein Jahr verlängert. Obwohl der tatsächliche Grund dafür der Koreakrieg war, wurde den Wehrpflichtigen und dem polnischen Unteroffizierskorps erklärt, Grund für diese Verlängerung sei die entstehende Bundeswehr. Vgl. Berichte ehem. Zwangsarbeiter, Stadtarchiv Regensburg – StAR-/ZWA/Bericht Pl 3; Józef Wąsacz, *Szlakiem wspomnień żołnierzy górników*, Wrocław 2002, S. 90, 112 f.; Witold Pronobis, *Polska i świat w XX wieku*, 2. Auflage Warszawa 1996, S. 337; Andrzej Jeziński/Cecylia Leszczyńska, *Historia gospodarcza Polski*, Warszawa 1998, S. 490–494. Im Jahre 1968 diente die anti-westdeutsche Propaganda in der VRP der Legitimation für das Eingreifen des Warschauer Paktes in der Tschechoslowakei. Vgl. Józef Fischer, *Stosunki polsko-niemieckie w latach 1970–1989 – uwarunkowania i bilans*. In: Jerzy Holzer/Józef Fiszer (Hg.), *Stosunki polsko-niemieckie w latach 1970–1995*, Warszawa 1998, S. 11–26, hier 14.
- 59 „Osteuropaforschung wird betrieben, um die Politik des deutschen ‚Drangs nach Osten‘ zu legitimieren“. Vgl. *Encyklopedia Powszechna PWN*, Band 3, Warszawa 1975, S. 411.
- 60 Ludwig Einicke, *Nauka w służbie Drang nach Osten*. In: *Ostforschung*, Poznań 1960 (Ausstellungskatalog).
- 61 Vgl. Męclewski, *Powrót*, S. 103–125.
- 62 Vgl. *Uwagi do osób G. Rhode oraz I. Geiss ohne Datum* (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 106–110); Męclewski, *Powrót*, S. 103–125; Helmut Wilhelm Schaller, *Der Nationalsozialismus und die slawische Welt*, Regensburg 2002, S. 22–71, 120 f., 198 f., 288–291; Joachim Lerchenmueller, *Die ‚SD-mäßige‘ Bearbeitung der Geschichtswissenschaft*. In: Michael Wildt (Hg.), *Nachrichtendienst, politische Elite und Mordeinheit*, Hamburg 2003, S. 160–189; Hans Raupach, seit 1962 Direktor des Osteuropa-Instituts München, schrieb selbst in seinen Memoiren, dass er als Soldat während des Zweiten Weltkrieges in der deutschen Abwehr als Kenner Russlands diente. Vgl. Hans Raupach, *Mein Leben*, München 1992, S. 154–180.
- 63 Vgl. Reinhard Gehlen, *Der Dienst*, Mainz 1971, S. 151–183, 207–226; der BND wurde von Reinhard Gehlen unter der Obhut der US-Amerikaner seit 1946 aufgebaut. Gehlen war bis 1945 zuständig für „Fremde Heere Ost“. Vgl. Berhorst, *Der Spion*, S. 13.
- 64 Vgl. *Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy objektowej krypt. „Wesera“ vom 11. 8. 1971* (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 4).
- 65 Mehr dazu siehe Lutz Hachmeister, *Die Rolle des SD-Personals in der Nachkriegszeit. Zur nationalsozialistischen Durchdringung der Bundesrepublik*. In: Wildt, *Nachrichtendienst*, S. 347–369, hier besonders 367 f.; Detlef Joseph schrieb 2002 zwar im Sinne der so genannten Frontwissenschaft – die in diesem Aufsatz auch thematisiert wird –, gleichwohl durchaus zu Recht, dass in der Bundesrepublik Deutschland der alte Feind aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges nach 1945 der neue, also derselbe Feind gewesen sei. Vgl. Detlef Joseph, *Nazis in der DDR*, Berlin 2002, S. 10. Joseph ver-

Gruppen zu Kennern des Ostblocks gehörten, und als solche, zumal von US-Geheimdiensten und entsprechend auch vom BND, umworben wurden. Und Tatsache war auch, dass diese Gegner – aus kommunistischer Sicht – beobachtet werden mussten.

Es ging aber auch um eine kollektive Verurteilung bundesdeutscher Politik und Wissenschaft, gerade für Propagandaziele: Westdeutschland hatte die Abneigung der polnischen Gesellschaft gegenüber der Sowjetunion seit 1945 fortwährend zu kompensieren;⁶⁶ die politisierte Ostforschung bis 1945 war zu discrediten, um damit einerseits die propagierte „Lüge über die ostdeutschen Gebiete“ aufzudecken, auf der anderen Seite den steten deutschen „Drang nach Osten“ zu belegen.⁶⁷ Für die Osteuropaforschung der Nachkriegszeit galt in kommunistischer Propaganda und in prokommunistischer Wissenschaft, dass auf der einen Seite ihre Form, ihr Inhalt und ihre Richtung durch den Antikommunismus bestimmt seien. Andererseits wurde die These verbreitet, dass den entscheidenden Einfluss auf die Osteuropaforschung seit 1945 US-amerikanische Monopole ausübten.⁶⁸ Dadurch handelte der amerikanische Imperialismus im Dienste des deutschen „Drangs nach Osten“.⁶⁹

schwie aber, dass dieser Feind nicht nur in Bezug auf das politische System, sondern auch auf seine geographische Lage derselbe war. Diese Tatsache erleichterte vielen Kennern des Ostens, sich nach 1945 im Kalten Krieg beruflich – und auch politisch – neu zu orientieren.

- 66 Męclewski schrieb 1971 im Zusammenhang mit der UdSSR und den so genannten „Wiedergewonnenen Gebieten“ über die „Geburt des Bündnisses“ zwischen Polen und der Sowjetunion sowie über deren „Ersten Platz. Hilfeleistungen“ für Polen (vgl. Męclewski, Powrót, S. 403–422) die Sowjetbürger und nicht die Deutschen sollten für Polen der Nachkriegszeit als Vorbild dienen. Vgl. Adam Krzemiński, Unheilvolle Logik. In: Begleitbuch zur Ausstellung: Annäherungen Deutsche und Polen 1945–1995, Düsseldorf 1996, S. 16–22, hier 18; die „deutsche Gefahr“ diente als ein wichtiges Element des sozialen Zusammenhalts der polnischen Nachkriegsgesellschaft als auch die politische Legitimation der polnischen kommunistischen Einheitspartei. Vgl. Andrzej Paczkowski (Bearb.), Tajne dokumenty biura politycznego PRL-ZSRR 1956–1970, London 1998, S. 3.
- 67 Seit 1946 wurde versucht, mit Hilfe einer gelenkten Wissenschaft nachzuweisen, dass die Westgebiete Polens zwar 600 Jahre lang unter deutscher Herrschaft gewesen und zwangsweise besetzt waren. Der Geist dieser Gebiete sei jedoch über diese gesamte Zeit polnisch geblieben und die tendenziösen Urteile deutscher Pseudowissenschaften seien als gegenstandslos zu betrachten. Vgl. Grzegorz Strauchold [nach Karol Malczyński], Der Westgedanke in der polnischen Geschichtswissenschaft. In: Piskorski/Hackmann/Jaworski, Deutsche, S. 47–80, hier 65; Fiszer, Stosunki, S. 14.
- 68 Vgl. Męclewski, Powrót, S. 104, 107.
- 69 Diese These geht auf Untersuchungen von Goguel zurück, der in seiner Dissertation von 1964 auf die Finanzierung wissenschaftlicher Institutionen in Westdeutschland seit 1951 durch den Government Appropriations for Relief in Occupied Areas verwies und hervorhob, dass diese Förderung auch der antikommunistischen Emigration aus den sozialistischen Ländern zugekommen sei. Vgl. Rudi Goguel, Über die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen im Zweiten Weltkrieg, untersucht an drei Institutionen der deutschen Ostforschung, Univ.-Diss. Berlin 1964, S. 34, Anm. 16 f.

Vor diesem Hintergrund einer von den USA finanzierten deutschen Osteuropaforschung, also einer antipolnischen und antikomunistischen Wissenschaft zugleich, wurden deutsche Gelehrte und Professoren wie Hans Raupach, Klaus Ritter, René Ahlberg, ferner Dr. Helmut Wagner, der Doktorand Walter Sotinger sowie Peter Knirsch, Peter Raina, Helmut Rauschenbursch und Lotharius Frieze, die zu den wissenschaftlichen Mitarbeitern mehrerer Einrichtungen der Osteuropaforschung zählten, pauschal verdächtigt, für bundesdeutsche Geheimdienste tätig zu sein.⁷⁰ Die Osteuropa-Institute in München und West-Berlin, das Herder-Institut in Marburg, die Ostakademie in Stuttgart und das Institut für Geographie in Kiel bezeichnete die Kattowitzer Staatssicherheitsbehörde als pseudowissenschaftliche Institutionen.⁷¹

Daher sah es der polnische Sicherheitsdienst als seine Aufgabe an, die „Tätigkeit der politischen Diversion“ in der Bundesrepublik Deutschland unter Kontrolle zu bekommen. Diese wurde in der operativen Arbeit des BND innerhalb des deutschen universitären Lebens gesehen.⁷² Es war ein Spionageansatz, der um 1970 durchaus der Wirklichkeit zu entsprechen schien.⁷³ Gleichwohl beruhte der Verdacht, der BND übe eine allumfassende Kontrolle aus, auf der eigenen Erfahrung der polnischen Beamten der Staatssicherheitsbehörde.⁷⁴ Ferner festigte die „große Politik“ im Ostblock durch ihre Rhetorik diese Denkweise der Mitarbeiter jenes Sicherheitsdienstes zusätzlich: Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko⁷⁵ teilte dem polnischen Politbüro des Zentralkomitees der PVAP⁷⁶ vor der Ratifizierung der Ostverträge von 1970 mit: „Man muss mit der Option rechnen, dass die Amerikaner plötzlich Brandt beim Kragen packen und ihm sagen ‚stop, du erlaubst Dir zu viel‘.“⁷⁷

Aus den vorliegenden Richtungsplänen der Kattowitzer Abteilung der Staatssicherheitsbehörde⁷⁸ von 1969, 1971, 1973, 1974 und 1976 lassen sich zwei

70 Vgl. Wykaz pracowników Ośrodków d/s Wschodu NRF podejrzanych o współpracę z tamt. Służbami specjalnymi vom 26. 2. 1974 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 99).

71 Vgl. Wykaz ważniejszych ośrodków i działaczy organizacji rewizjonistycznych w NRF vom 28. 2. 1963 (AOIPNKa/030/188t. 2, S. 80); Dziurok/Dziuba, Die Aufdeckung, S. 273 (nach OIPNKa/032/60/2, S. 69–71).

72 Vgl. Kierunkowy plan pracy po linii rewizjonizmu zachodnio-niemieckiego na lata 1968–1969 vom 20. 12. 1967 (AOIPNKa/030/188t. 2, S. 307).

73 Der BND versuchte im Hinblick auf eventuelle operative Arbeit im Ostblock tatsächlich Wissenschaftler anzuwerben (vgl. schriftliche Mitteilung Ekkehard Buchhofer vom 30. 5. 2003).

74 Die Verflechtung des Sicherheitsdienstes mit der Exekutive und Legislative war in der Tat in Volkspolen vorhanden (vgl. Anm. 43, S. 8; Albert, Najnowsza, Band 2, S. 210).

75 Siehe zur Person Boris Piadyshev, Andrei Gromyko. In: International Affairs Moscow, 6 (2002), S. 44–64; Hildermeier, Die Sowjetunion, S. 79.

76 Mehr zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei [PVAP] um das Jahr 1970: Albert, Najnowsza, Band 2, S. 531–559, 579–592, 620–634.

77 Paczkowski, Tajne, Dok. 42, S. 613.

78 Es ließen sich Richtungspläne in der Operativsache „Wesera“ für das Jahr 1982 ausfindig machen, in denen allerdings die Aufgaben ähnlich denen aus früheren Plänen skizziert wurden (Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. sprawy objektowej „Wesera“ na lata 1976–1983 ohne Datum [AOIPNKa/030/195t. 3]).

Arbeitsetappen im Unternehmen „Wesera“ unterscheiden. Vor 1970 galt „der operative Angriff“ dem deutschen Revanchismus⁷⁹ im Inland – ein Bericht von 1963 liegt als Beispiel vor. Dieser Revanchismus war angeblich in den Städten Gleiwitz, Beuthen, Hindenburg, Ruda, Königshütte und Kattowitz am stärksten. Er habe sich in Treffen eines Teils der oberschlesischen Gesellschaft mit den Verwandten aus der Bundesrepublik Deutschland artikuliert, in den Kontakten jener Gesellschaft mit Institutionen in Westdeutschland, die es den Machhabern mit Hilfe des Familientourismus im Westen erleichterten, Spionagearbeit und ideologische Diversion in Polen zu betreiben.⁸⁰ Im Rahmen der operativen Aufgabe „Ośrodek“⁸¹ [dt. Zentrum] prüfte die Kattowitzer Staatssicherheitsbehörde die Korrespondenz aus der Bundesrepublik Deutschland, die in dieser Woiwodschaft einging. Im Jahr 1964 wurden insgesamt 1 375 000 Briefe gezählt. Anhand dieser Korrespondenz wurde eine Liste mit 73 Personennamen⁸² erstellt, die „auszuarbeiten“ waren. Überdies wurde anhand dieses Briefwechsels ein „Weltverband der Oberschlesier“ in Dalton/USA ermittelt, dessen Mitglieder mit Bürgern aus der Bundesrepublik Deutschland in Kontakt standen.⁸³ Der deutsche Revanchismus operierte – nunmehr war diese Erkenntnis belegt – in Zusammenarbeit mit dem „US-Imperialismus“.

Die erste Etappe im Unternehmen „Wesera“ endete im Jahr 1970, da sich die politische Lage in den Ost-West-Beziehungen veränderte. Zu jener Zeit setzte es die Bonner Regierung durch, dass der Weg aus Bonn nach Moskau nicht an Warschau vorbei, sondern aus moralischen Gründen über die polnische Hauptstadt führen musste.⁸⁴ Der in der Bundesrepublik beschworene theologische Begriff der Versöhnung, der in der Politik nur wenig zu suchen hat, wie Georg Strobelschreibt – damals ein Opfer der Beschattung –, sei im politischen Selbstverständnis Polens zwar nicht vorhanden gewesen, doch habe er bei Nachbarn als ein zum eigenen Vorteil instrumentalisierbares Verhalten „nützlicher Träumer“ gegolten, wie hochrangige Politiker in vertraulichen Gesprächen auf polnisch in

79 Mehr dazu bei Dziurok/Dziuba, *Die Aufdeckung*, S. 254–280.

80 In den frühen 60er Jahren wurden vor allem sämtliche Vertriebenenverbände beobachtet, zumal sie damals noch mit der alten Heimat in Verbindung standen oder eine solche Verbindung suchten. Vgl. Wykaz ważniejszych ośrodków i działaczy organizacji rewizjonistycznych w NRF vom 28.2.1963 (AOIPNKa/030/188t. 2, S. 73–79), Kierunkowy plan pracy po linii rewizjonizmu zachodnio-niemieckiego na lata 1968–1969 vom 20.12.1967 (AOIPNKa/030/188t. 2, S. 302), Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. zagadnienia rewizjonizmu zachodnio-niemieckiego na rok 1974 vom 26.12.1973 (AOIPNKa/030/188t. 3, S. 80).

81 Ergänzend zu dieser Aktion siehe Dziurok/Dziuba, *Die Aufdeckung*, S. 275.

82 Darunter Mitarbeiter der Heimat- und Vertriebenenverbände sowie bundesdeutsche Politiker, beispielsweise unter der laufenden Nummer 63 Herbert Hupka. Vgl. Sprawa obiektowa „Ośrodek“ 1962–1964 (AOIPNKa/030/188t. 1, S. 19–164, hier 52).

83 Vgl. Sprawa obiektowa „Ośrodek“ vom 8.4.1965 (AOIPNKa/030/188t. 1, S. 215, 227 f.).

84 Vgl. Fiszer, *Stosunki*, S. 17; Manfred Görtemaker, *Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 2003, S. 233 f.

unverhohlenem Zynismus ausgeführt hätten.⁸⁵ Die neue westdeutsche Ostpolitik förderte solches Denken.⁸⁶

Parallel zu den politischen Veränderungen in der westdeutschen Ostpolitik fanden politische Veränderungen auch in Volkspolen statt. Wurde noch zur Regierungszeit Władysław Gomułkas am 15. Oktober 1970 das erste mehrjährige Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der VRP geschlossen, das u. a. den gegenseitigen wissenschaftlichen Austausch regelte, so kündigte die neue Regierung von Edward Gierek am 16. Juli 1971 an, dass die Normalisierung in den Beziehungen zu Westdeutschland restriktiv zu handhaben sei, insbesondere der Kultur- und Wissenschaftsaustausch.⁸⁷ Die Politik handelte also – vor dem Hintergrund des neuen Materials – nicht parallel zu den Staatssicherheitsdiensten, sondern in diesem Fall in enger Zusammenarbeit mit ihnen.

Die Bundesrepublik Deutschland öffnete sich dementsprechend seit 1970 dem Ostblock in vieler Hinsicht nur einseitig. Die Akten des Staatssicherheitsamts vermerken: „In letzter Zeit notieren wir ein verstärktes Engagement dieser Institutionen – 100 Zentren der Ostforschung in der Bundesrepublik – in Kontakten zu unseren Einrichtungen und Organisationen, indem verschiedene Stipendien angeboten werden. Damit entsteht das operative Anliegen, jegliche Kontakte unserer Bürger zu den Einrichtungen der Ostforschung in der BRD zu ermitteln und zu kontrollieren sowie ihrer feindlichen Tätigkeit vorzubeugen und unsere Agentur dort zu installieren.“⁸⁸

2. Zur Interpretation der Quellen: Institutionen

Der polnische Staatssicherheitsdienst war bemüht, möglichst alle Institutionen ins Visier zu nehmen, um umfassend zu überwachen, was im Ausland geschah und von Bedeutung für das Inland hätte sein können. Dabei wird das „*totalitäre Element*“ in der Tätigkeit dieses Dienstes sichtbar: die alles und alle umfassende Kontrolle. Daher stehen wissenschaftliche Institutionen neben wissenschaftlichen Diensten der Politik und Behörden sowie den Kultur-Institutionen. Freilich war die Bedeutung der beschatteten Einrichtungen für das sozialpolitische und wissenschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik sowie auf der internationa-

85 Vgl. G. W. Strobel, Der Normalisierungsprozess zwischen Polen und Deutschland seit 1989. In: Eichholz Brief, 2 (1996), S. 4–21, hier 4 f.

86 Verfehlt ist die Behauptung, dass sich die westdeutsche Ostpolitik seit 1970 gänzlich verändert habe. Sie behielt die 1945 angenommene ideologische Konfrontationsstellung bei, die sie erst 1989 aufgeben konnte. Erst 1989 also änderte sich die so genannte Ostpolitik tatsächlich. Vgl. Dieter Bingen, Ostpolitik. In: Lawaty/Orłowski, Deutsche, S. 532–542, hier 533 f.

87 Vgl. Mieczysław Tomala, Niemcy w polityce gospodarczej Polski w latach 1970–1989. In: Holzer/Fischer, Stosunki, S. 137–155, hier 138 f.

88 Wniosek o wszczęcie sprawy objektowej kryptonim „Wesera“ von 1971 (AOIPNKA/030/195t. 1, S. 3).

len Ebene sehr unterschiedlich.⁸⁹ Der Träger der Stiftung Haus Oberschlesien⁹⁰ war 1972 das Ministerium für Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, das zugleich auch Träger der Stiftung des Hauses des Deutschen Ostens war.⁹¹ Aus diesem Ministerium wurde auf die Stiftung Haus Oberschlesien Druck ausgeübt. Der Vorwurf lautete, man lade nur Auslandspolen ins Haus ein und keine „echten“ Polen aus der Volksrepublik. Daraufhin ließ der damalige Direktor des Hauses des Deutschen Ostens, Oskar Böse,⁹² Dr. Franciszek Sz. einladen, den Leiter der Bibliothek der Schlesischen Medizinischen Akademie in Kattowitz mit Sitz in Rokitz.⁹³ Dieser polnische Wissenschaftler und Bibliothekar war Germanist, sprach daher gut deutsch und wurde in deutschen Kulturkreisen, beispielsweise beim Wagner-Kreis, eine willkommene Person. Gleichwohl diente er unter dem Decknamen „Historyk“ der kommunistischen Staatssicherheitsbehörde in Polen.⁹⁴

Etwa zur selben Zeit begann der polnische Geheimdienst über die Osteuropaforschung nicht mehr wie vor 1970 als pseudowissenschaftliche Einrichtungen zu sprechen, sondern erkannte ihre „wesentliche Rolle im System politischer Propaganda der BRD“ an. Zugleich wurde hervorgehoben, dass Kenntnisse über die sozialistischen Staaten ebenso wie die Forschungen der bundesdeutschen politischen Strategie wie auch der Geheimdienstarbeit untergeordnet seien.⁹⁵

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berief sich beispielsweise auf René Ahlberg, wonach die Ideen von Marx in der Sowjetunion revidiert worden seien; obwohl das Privateigentum längst nicht mehr existiere, hätten sich dort neue [soziale] Ungleichheiten etabliert.⁹⁶ Ahlberg gehörte zu den Professoren der Osteu-

89 Der Begriff „Totalitarismus“ und entsprechend das Adjektiv „totalitär“ sind in der bundesdeutschen Wissenschaft umstritten. Vgl. Ekkehard Jesse, Die Totalitarismusforschung im Streit der Meinungen. In: Eckhard Jesse (Hg.), Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 9–39, hier 9 f.

90 Vgl. URL: www.republikasilesia.com/Hindenburg/museum2/seite2.htm; URL: www.mgsff.nrw.de/aktuelles/index.htm.

91 Der Nachfolger des Hauses des Deutschen Ostens ist das Gerhart-Hauptmann-Haus (vgl. URL: www.gerhart-hauptmann-haus.de).

92 Oskar Böse, Mitglied der CDU, ist ein deutscher Kulturpolitiker (vgl. Personennamendei der Deutschen Bibliothek: Personennamen [123041309]) und Träger des Großen Sudetendeutschen Kulturpreises (vgl. URL: www.sudetendeutscher-tag.de/graph/Uebersicht_Kulturpreistraeger.pdf).

93 Schriftliche Mitteilung Joachim Görlich vom 26. 5. 2003.

94 Doniesienie TW „Historyk“ vom 5. 2. 1972 (AOIPNKA/030/195 t.1, S. 103); Notatka służbowa dot. Nowych form oddziaływania instytucji RFN powiązanych z ośrodkami rewizjonistycznymi na obywateli PRL za granicą i w kraju (AOIPNKA/030/195 t.3, S. 59); Schriftliche Mitteilung Joachim Görlich vom 26. 5. 2003.

95 Vgl. Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy obiektowej krypt. „Wesera“ vom 11. 8. 1971 (AOIPNKA/030/195t. 1, S. 4).

96 Vgl. Der Spiegel, Nr. 40/1970, S. 240.

ropaforschung und stand, wie erwähnt, auf der Liste der vermeintlichen Mitarbeiter des BND.⁹⁷

Im Herbst 1971 reiste „Historyk“ nach Dortmund mit der Aufgabe, das Auslandsinstitut, das ihn eingeladen hatte, kennenzulernen und seine Methoden der Ostforschung und die Kontakte dieses Instituts zu Polen auszuspionieren.⁹⁸ Zu den Aufgaben dieses IfM gehörte auch die Beschattung der im Ausland lebenden Polen. Daher stattete er dem „Verband der Polen in der Emigration“ in Deutschland im Dezember 1971 einen „operativen“ Besuch ab.⁹⁹

Drei weitere Personen, ein promovierter wissenschaftlicher Mitarbeiter der TU Gliwicz, dem 1971 ein Humboldtstipendium zuerkannt worden war, ein weiterer Kandidat für dieses Stipendium für das Jahr 1972 sowie eine Verwandte des Inhabers des Lehrstuhls für Slawische Philologie an der Universität Hamburg, welche zu ihrem Vetter reiste, wurden mit dem Ziel bearbeitet, sie zur Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst zu bewegen.¹⁰⁰

Als der V-Mann „Historyk“ 1973 im Herder-Institut in Marburg spionierte, ließ die Staatssicherheitsbehörde in Kattowitz zur selben Zeit Monika Taubitz aus dem Wagner-Kreis und Sabine Rademacher, Mitarbeiterin der Bibliothek im Herder-Institut, nach Polen einladen. Diese Besuche dienten vor allem Aufklärungsaufgaben; ein kulturelles oder wissenschaftliches Interesse bestand nicht.¹⁰¹ Da „Historyk“ ähnlich wie Rademacher Bibliothekar war, zudem beste Kontakte zum Wagner-Kreis besaß, scheint sicher zu sein, dass er zu den Urhebern jener Einladungen des Sicherheitsdienstes gehörte.

Rademacher erhielt 1973 die Auszeichnung „Amicus Poloniae“ der im Westen Europas erschienenen Zeitung „Polska“ für ihre objektiven Darstellungen der polnischen Geschichte.¹⁰² Der IfM „Historyk“ hatte die Aufgabe, Rademachers Absichten während des Besuches in Polen „abzuschöpfen“. Er bemerkte, die Bibliothekarin sei nach Polen gekommen mit dem Ziel, das Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau zu visitieren. Dieses Institut stand bis 1968 unter der Leitung von Leszek

97 Vgl. Wykaz pracowników Ośrodków d/s Wschodu NRF podejrzanych o współpracę z tamt. Służbami specjalnymi vom 26. 2. 1974 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 99).

98 Vgl. Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy objektowej krypt. „Wesera“ vom 11. 8. 1971 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 7 f.).

99 Die kommunistische Überwachung der antikommunistisch eingestellten Auslandspolen begann bereits 1945/46 (vgl. Sprawa objektowa krypt. „Dziady“ von 1946 [AOIPNKa/04/1775t. 3]), dauerte über die 1950er Jahre hinweg (vgl. Frazik/Musiał, Akta, S. 327) bis in die 80er Jahre des 20. Jhs. (vgl. Doniesienie TW „Aldona“ vom 31. 10. 1983 [AOIPNKa/030/195t. 3, S. 281]).

100 Vgl. Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy objektowej krypt. „Wesera“ vom 11. 8. 1971 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 7 f.).

101 Vgl. Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. zagadnienia Instytutów Badania Wschodu FRN na lata 1973/1974 vom 1. 10. 1973 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 10).

102 Vgl. Polska, 3 (1973), Nr. 273, S. 19.

Kołakowski, der infolge der antisemitischen Unruhen des Jahres 1968 Polen verlassen und nach Oxford hatte wechseln müssen.¹⁰³

Gemäß den Planvorgaben des Kattowitzer Staatssicherheitsamtes von 1973 waren junge Wissenschaftler sowie Studenten aus Oberschlesien anzuwerben, deren Fachrichtung eine künftige Zusammenarbeit mit deutschen Instituten versprach. Ferner sollten neue Informationsquellen und Kontakte innerhalb der bundesdeutschen Botschaft in Warschau sowie der Zentren der Ostforschung in der BRD ermittelt und geknüpft werden.¹⁰⁴

Im Jahr 1974 sammelte der IfM „Historyk“ Informationen über das Personal der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn sowie über deren Rolle in der Osteuropaforschung.¹⁰⁵ Ein weiterer IfM der polnischen Staatssicherheitsbehörde mit dem Decknamen „Benedykt“ sollte in der zweiten Hälfte 1974 nach Kiel reisen, um Dr. Ekkehard Buchhofer¹⁰⁶ vom Institut für Geographie¹⁰⁷ an der Universität Kiel zu beobachten – Operativsache „Globus“ –, da dieser ein Jahr zuvor mit dem Schlesischen Wissenschaftsinstitut und mit der Ökonomie-Hochschule in Kattowitz Kontakte aufgenommen hatte.¹⁰⁸ „Benedykt“, ein deutscher Oberschlesier, hatte Beziehungen, die ihm erlaubten, sich dem wissenschaftlichen Assistenten Dr. Buchhofer zu nähern.¹⁰⁹ Beide hatten einander 1973 bei einem Ferien-Kurs an der Universität Kiel kennengelernt. Damals tat die Universitätsleitung alles, um zu verhindern, dass ein polnischer Student um politisches Asyl bat, denn man fürchtete, eine solche Entwicklung würde den studentischen Austausch zum Stillstand bringen.¹¹⁰

Buchhofer fiel dem Staatssicherheitsamt auf, weil er auf eigene Faust das Industriegebiet um Kattowitz besuchte, während er sich auf dem Internationalen

103 Doniesienie TW „Historyk“ vom 7.12.1972 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 178, 181, 187); Albert, *Najnowsza*, Band 2, S. 542, 597.

104 Vgl. Plan pracy i przedsięwzięcia po zagadnieniu niemieckim referatu służby bezpieczeństwa KMMO Katowice na lata 1973/1974 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 13–15).

105 Vgl. Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. zagadnienia Instytutów Badania Wschodu FRN na lata 1973/1974 vom 1.10.1973 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 10–12).

106 Ekkehard Buchhofer war Schüler von Prof. Herbert Schlenger aus Breslau. Zu dessen Rolle in der Ostforschung sowie in der Osteuropaforschung siehe Hackmann, *Deutsche*, S. 29 f.

107 Geographen gehörten zu der Gruppe, die besonders intensiv zu beobachten war. Denn die Vertreter dieser Wissenschaft waren viel mehr in das nationalsozialistische System involviert als beispielsweise Historiker oder Archäologen. Vgl. Michael Fahlbusch, *Deutsche Ostforschung und Geographie*. In: Piskorski/Hackmann/Jaworski, *Deutsche*, S. 223–238; Buchhofer, der erst 1937 geboren, 1968 promoviert und 1975 habilitiert wurde, ist von dieser Verwicklung sicher nicht betroffen (vgl. Homepage Prof. Dr. Buchhofer URL: www.uni-marburg.de/geographie).

108 Vgl. Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. zagadnienia Instytutów Badania Wschodu FRN na lata 1973/1974 vom 1.10.1973 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 11).

109 Vgl. ebd., S. 12; Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. zagadnienia rewizjonizmu zachodnio-niemieckiego na rok 1974 vom 26.12.1973 (AOIPNKa/030/188t. 3, S. 86).

110 Vgl. Doniesienie służbowe TW „Benedykt“ vom 15.9.1973 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 50 f.).

Paläopedologen-Kongress in Breslau 1969 aufhielt.¹¹¹ Der Wissenschaftler führte bei dieser Gelegenheit mit einigen polnischen Kollegen „illegale Gespräche“, wie er von zwei unbekannten Personen erfuhr, offensichtlich Mitarbeitern des Staatssicherheitsamtes, die ihn am Tag der geplanten Rückreise im Kattowitzer Hotel aufsuchten. Sie fragten den Deutschen nach seinem Reisezweck. Von den polnischen Kollegen erfuhr Buchhofer im Nachhinein, dass sein Besuch bei ihnen intensive Befragungen von Seiten der Staatssicherheitsbehörde ausgelöst habe.¹¹²

Ob die Reise von IfM „Benedykt“ nach Kiel zustande kam, ist ungeklärt. Die Zweifel rühren daher, dass Dr. Buchhofer im Oktober 1974 eine Professur an der Universität Marburg übernahm. Er kann sich an keinen Besuch aus Polen in den Jahren 1974/75 erinnern.¹¹³ Gleichwohl ist auf die Tätigkeit von IfM „Historyk“ in Marburg an dieser Stelle zu verweisen sowie darauf, dass der V-Mann „Benedykt“ neben Buchhofer auch andere Persönlichkeiten der deutschen Wissenschaft in Kiel beschattete, z. B. Prof. Friedhelm Debus, Prof. Werner Friedrich Braun und Dr. Horst Zindler.¹¹⁴

Ein weiterer IfM „Tadeusz-II“ notierte, dass Prof. Gotthold Rhode in der NS-Zeit der SS angehört hatte, und dass er – zur Zeit der Berichterstattung – Präsident der Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft war. Diese Gesellschaft „veranstaltete große Konferenzen, an denen die Vorsitzenden der Landsmannschaften, Köpfe der antikommunistischen Emigration sowie antikommunistisch eingestellte Experten aus den USA und der BRD teilnehmen, ferner Politiker und Diplomaten aus anderen europäischen Länder mit ähnlicher politischer Einstellung.“¹¹⁵ Damit erwies sich Rhode als Zeuge für den vermeintlichen Nachkriegsrevanchismus, der in der Vorstellung der Staatssicherheit die NS-Geschichte mit dem US-Imperialismus der Nachkriegszeit verband.

Im Jahre 1977 wurde eine Liste der „revisionistischen Zentren“ aufgestellt, die sich neuer Formen der Beeinflussung polnischer Bürger bedienten. Dazu zählten nicht nur die „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“, „Kulturwerk Schlesien“, „Südostdeutsches Kulturwerk“, „Haus des Deutschen Ostens“ oder die Galerie der Künstlergilde Esslingen, sondern auch streng wissenschaftliche Einrichtungen wie die Ost-Akademie Lüneburg, das Südost-Institut München, die Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem Stuttgart und nach wie vor das Herder-Institut Marburg. Überdies rechnete man das Nordrhein-Westfälische Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales dazu, das Albertus-Mag-

111 Vgl. Doniesienie służbowe dot. Dr. Buchhofera vom 20.9.1971 (AOIPNka/030/195t. 1, S. 26).

112 Schriftliche Mitteilung Ekkehard Buchhofer vom 30.5.2003.

113 Schriftliche Mitteilung Ekkehard Buchhofer vom 1.7.2003.

114 Vgl. Doniesienie służbowe TW „Benedykt“ vom 15.9.1973 (AOIPNka/030/195t. 2, S. 50–55).

115 Doniesienie służbowe TW „Tadeusz II“ von 1974 (AOIPNka/030/195 t. 2, S. 106–109).

nus-Kolleg in Königsstein sowie einen Johannes-Mathesius-Verlag in Wolfach und den Europa Verlag München. Alle erwähnten Institutionen verbreiteten angeblich ein verzerrtes Bild über Volkspolen und beeinflussten die Öffentlichkeit ungünstig.¹¹⁶

Der in Westdeutschland begonnene wissenschaftliche Austausch der 70er Jahre wurde von den polnischen Sicherheitsbehörden als Ansatz zur Spionage oder gar als Geheimdienstarbeit des BND interpretiert.¹¹⁷ Der westdeutsche Revanchismus in der Osteuropaforschung habe angefangen – so das Urteil des IfM „Historyk“ –, entsprechend der aktuellen politischen Situation zu handeln; dabei verzichte dieser Revanchismus nicht auf seine alten Inhalte und revidiere lediglich die Strategie gemäß seinen Möglichkeiten. Westdeutsche Wissenschaftler und Künstler hätten im Sinne der deutsch-polnischen Verständigung unter polnischen Intellektuellen zu wirken, um sie zu überzeugen, dass man mit den alten revisionistischen Organisationen sich nunmehr einigen könne, so die Zersetzungsmethode der Osteuropaforschung. Für Vertreter dieser Strategie hielt die polnische Staatssicherheitsbehörde u. a. Dr. Oskar Böse vom Haus des Deutschen Ostens, Peter Nasarski, Barbara Hofmann, Dr. Georg Strobel und die Wissenschaftler der Pädagogischen Hochschule Ruhr in Dortmund, weil sie mit der Ostdeutschen Forschungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen zusammenarbeiteten.¹¹⁸ Einige der genannten Personen hätten sich sogar durch die Mitgliedschaft in der SPD legitimiert, um so in Polen erfolgreicher agieren zu können.¹¹⁹

Der IfM „Pawłowski“, der dem polnischen Staatssicherheitsamt 1975 die Struktur des Goethe-Institutes verschafft und erklärt hatte,¹²⁰ sammelte 1978 als Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung Informationen in der Bundesrepublik über die gesellschaftlich-politische Tätigkeit von Auszubildenden und von arbeitenden Jugendlichen. Er führte Gespräche u. a. mit dem Vorstand der Jusos, mit Björn Engholm, damals Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, ferner mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD Friedrich Schäfer.¹²¹ In den 80er Jahren trat neben dem IfM „Historyk“ ein zweiter V-Mann hervor, der ebenfalls im Sinne der kommunistischen Staatssicherheitsbehörde erfolgreich in der Bundesrepublik arbeitete.

116 Vgl. Notatka służbowa dot. nowych form oddziaływania instytucji RFN powiązanych z ośrodkami rewizjonistycznymi na obywateli PRL za granicą i w kraju vom 25.2.1977 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 56–58).

117 Vgl. ebd., S. 58.

118 Vgl. Die Ostdeutsche Forschungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen war seit 1973 bereits der Pädagogischen Hochschule Ruhr angegliedert, damals jedoch noch nicht vertraglich.

119 Vgl. Notatka służbowa dot. nowych form oddziaływania instytucji RFN powiązanych z ośrodkami rewizjonistycznymi na obywateli PRL za granicą i w kraju vom 25.2.1977 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 59 f.).

120 Vgl. Doniesienie TW „Pawłowski“ vom 30.10.1975 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 273–276).

121 Vgl. Sprawozdanie dot. pracy TW „Pawłowski“ vom 29.11.1978 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 169).

Der IfM „Tadeusz-II“ versuchte im Spätsommer 1981, das Goethe-Institut in München intensiver auszuspähen, scheiterte jedoch an der vorsichtigen und zurückhaltenden Einstellung der Mitarbeiter. Erfolgreicher wurde „Tadeusz-II“ bei Professor Hans Adolf Jacobsen. Dieser wurde bereits in Kattowitz während seines Besuches in Polen 1975 von diesem IfM abgeschöpft. Damals wurde Jacobsen als Mitglied der FDP und als Befürworter der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Ostblock charakterisiert.¹²² Ohne von der Tätigkeit des „Tadeusz-II“ zu wissen – das geht aus den Akten hervor – verpflichtete sich Jacobsen 1981, den IfM als Stipendiaten zu betreuen.¹²³

Die meisten Agenten reisten in die Bundesrepublik Deutschland als Stipendiaten verschiedener Stiftungen ein. Es waren einmal deutschstämmige Personen, die die Gunst von Vertriebenenkreisen in Deutschland missbrauchten, zum anderen solche, die sich als Sozialdemokraten – im Gegensatz zu den Kommunisten –, vor allem aber als Wissenschaftler ausgaben. Alle diffamierten zahlreiche deutsche Wissenschaftler und Personen des kulturellen Lebens als „Revanchisten“: die Mitglieder der CDU/CSU entsprechend der kommunistischen Propaganda als Träger des großdeutschen Nationalismus, die Sozialdemokraten als Abtrünnige und Gegner des Kommunismus.

In der Bundesrepublik wurde die Ostpolitik zu einer innenpolitischen Auseinandersetzung zweier sozialpolitischer Kräfte, der später sog. 1968er Generation und der konservativen Kräfte jener Zeit. Beide waren nach 1970 daran interessiert, Kontakte mit Polen zu intensivieren. Der polnische Sicherheitsdienst nutzte diese Bereitschaft aus, wobei ihm zustatten kam, dass diese beiden Flügel in der Bundesrepublik sich selbst – vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte – allzu viel Aufmerksamkeit schenkten und dabei den politischen Alltag im Kalten Krieg aus den Augen verloren.

Ferner hielten sich nach 1970 in den (west-)deutsch-polnischen Wechselbeziehungen weiterhin eingefahrene Klischees: Nicht nur die kommunistische Staatssicherheitsbehörde in Polen spionierte bis in die 1980er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland mit Ansätzen wie dem der Nazi-Verstrickung: Ebenso bediente sich ein Teil der bundesdeutschen Politik und Presse 1980 immer noch national-historisch bedingter Gegensätze.¹²⁴

122 Vgl. Doniesienie TW „Tadeusz II“ vom 15.10.1975 (AOIPNKa/030/1195t. 2, S. 256); Doniesienie TW „Tadeusz II“ vom 3.12.1981 (AOIPNKa/030/1195t. 3, S. 259).

123 Vgl. Doniesienie TW „Tadeusz II“ vom 3.12.1981 (AOIPNKa/030/195t. 3, S. 260 f.).

124 In der Bundesrepublik war 1980 die harte Politik gegenüber der Sowjetunion, wie sie später in der Politik Reagans verwirklicht wurde, u. a. mit dem Argument abgelehnt worden, dass ihr Mentor Zbigniew Brzeziński Exilpole sei (vgl. „Mit den Russen reden“. In: Der Spiegel, Nr. 17/1980; dazu Brief J. Nowak-Jeziorański an Der Spiegel, Nr. 25/1980, S. 10); die Frage nach dem Verhältnis bundesdeutscher Regierungen, zumal der sozial-liberalen Koalition, zur polnischen politischen Emigration stellt ein besonderes historisch relevantes Thema dar, das bisher Józef Fiszer und Dieter Bingen nur kurz aufgegriffen haben (vgl. Fiszer, Stosunki, S. 20).

3. Zur Interpretation der Quellen: Personen

Der Mitarbeiter des Kattowitzer Staatssicherheitsamtes mit dem Decknamen „Historyk“ nimmt in der Aktenüberlieferung eine besondere Stellung ein. Denn er gehörte trotz der steigenden Anzahl von IfM nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages in den 1970er und 1980er Jahren zu den aktivsten Informanten der Kattowitzer Staatssicherheitsbehörde.¹²⁵ Er vermag daher als Beispiel zu dienen.

Einen Schwerpunkt in den Berichten des IfM „Historyk“ stellen die Schlüsselfiguren der deutschen Osteuropaforschung sowie der polnischen antikomunistischen Opposition in Westdeutschland dar, des Weiteren Vertreter der damaligen Kulturpolitik. Ferner sind die Berichte über seine mittelbare oder unmittelbare Einflussnahme auf das sozial-politische Leben der Wissenschaftskreise von großer Bedeutung, in welchen „Historyk“ eingesetzt wurde.

Der Direktor des Herder-Instituts, Dr. Richard Breyer¹²⁶ (1966–1972), hatte nach „Historyk“ eine „Phobie“ vor angeblicher polnischer Spionage. Nach Breyers Überzeugung kamen auf zehn deutsche Spätaussiedler¹²⁷ mindestens drei polnische Spione.¹²⁸ Aufsehen erregte er beim Staatssicherheitsamt sicherlich durch seine Veröffentlichungen, die bereits im Titel die polnischen Grenzen nach 1945 in Frage stellten.¹²⁹ Allerdings erklärte sich nach „Historyk“ die Einstellung Breyers zur Grenzfrage auch aus den besonderen politischen Verhältnissen: „Die Unterzeichnung des Vertrages Bonn-Warschau gleicht aus deutscher Sicht einem nationalen Verrat und bedeutet, ganz Deutschland dem bolschewistischen Osten preiszugeben“.¹³⁰

Dr. Vladimir Bonać, dem Leiter des Ost- und Südosteuropa-Kreises der RWAG in Dortmund, erschien „Historyk“ als Kenner des sozialistischen La-

125 Vgl. Ramowy plan operacyjnych przedsięwzięć do sprawy objektowej krypt. „Wesera“ vom 11.8.1971 (AOIPN Ka/030/195t. 1, S. 7 f.); zur steigenden Anzahl von IfM für den Einsatz im Ausland siehe Rudzikowski, Tajni, S. 131.

126 Męclewski zählte Breyer zu den „Resten des Nationalsozialismus“, im Gefolge Hermann Aubins zu den so genannten „Unbesiegten“ und zu „geretteten Requisiten, die man neu verwendet“ (vgl. Męclewski, Powrót, S. 124).

127 Die deutschen Spätaussiedler wurden 1970 deswegen zu einem politisch relevanten Thema, weil es zu dem Vertrag der Bundesrepublik Deutschland mit Polen von 1970 eine Zusatzklärung gab, welche eine De-facto-Anerkennung einer deutschen Minderheit in Polen einschloss und Übersiedlungsquoten vorsah. Siehe dazu Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, Bonn 1970, S. 13 f. Vgl. Wolf Oschlis, Exodus Poloniae?, In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 18/1982, S. 26; Michael F. Feldkamp, Warschauer Vertrag vom 7.12.1970. In: Lexikon der deutschen Geschichte 1945–1990, Teil II, Stuttgart 2002, S. 651.

128 Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 5.2.1972 (AOIPN Ka/030/195t. 1, S.103–105).

129 Siehe beispielsweise Richard Breyer, Ostbrandenburg unter polnischer Verwaltung, Frankfurt a. M. 1959; ders., Ostdeutschland im Luftbild, Frankfurt a. M. 1967.

130 Doniesienie TW „Historyk“ vom 6.11.1971 (AOIPN Ka/030/195t. 1, S. 46).

gers.¹³¹ Bonać war sicher nicht ein Wissenschaftler der ersten Garde, wie beispielsweise Prof. Gotthold Rhode. Bonać war auch keine Persönlichkeit der Politik, wie der Auslandspole Jeziorański. Aufgrund seiner Kontakte in die USA habe er sich jedoch auch in dem dortigen wissenschaftlichen Milieu ausgekannt, was Grund genug für seine Beschattung war.¹³² Bonać bedauerte des Weiteren, dass seit 1960 kein polnischer Wissenschaftler mehr im Auslandsinstitut gearbeitet habe, und wünschte sich, dass sich das wieder ändere.¹³³ An den Spion erinnert sich Bonać allerdings nicht mehr, und in der Tat drückte er in den Jahren 1970–1972 immer wieder sein Bedauern über die Zusammenarbeit der RWAG mit der Volksrepublik Polen öffentlich aus. Denn es gelang der Deutsch-Polnischen Gesellschaft an der RWAG nur unzulänglich, Treffen mit Polen, sowohl Kommunisten wie Antikommunisten, zu organisieren, wie sie die anderen Abteilungen mit Ungarn, Jugoslawen, Tschecho-Slowaken und Bürgern der Sowjetunion¹³⁴ in Dortmund veranstalteten. Den Grund für die Misserfolge der polnischen Gesellschaft sieht Bonać in den damals „bestehenden deutsch-polnischen Gegensätzen“.¹³⁵ In den 70er Jahren lobte Bonać den IfM „Historyk“ dafür – ohne etwas von dessen Spionageauftrag zu ahnen –, dass er an der Tagung des Wagner-Kreises teilgenommen habe, und ermunterte ihn nachdrücklich zu Kontakten mit dem Kulturwerk Schlesien. Bei dieser Gelegenheit gab Bonać seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die bilateralen Kontakte zwischen Bonn und Warschau nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrages verbessern würden.¹³⁶

Über Jan Nowak-Jeziorański,¹³⁷ den Direktor der polnischen Sektion von Radio Free Europe in München, berichtete „Historyk“, dieser habe Kontakte zu Joachim Görlich. Beide aber hätten ein belastetes Verhältnis zu Prof. Gotthold

131 Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 5.2.1972 (AOIPNka/030/195t. 1, S.118–120); die Zusammenarbeit kündigte einseitig die VRP auf. Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 22.2.1972 (AOIPNka/030/195t. 1, S. 125).

132 Am Beispiel von Bonać wird bei Personen das bei den beschatteten Institutionen erwähnte „totalitäre Element“ in der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes des realsozialistischen Polens greifbar (vgl. S. 16 f.).

133 Doniesienie TW „Historyk“ vom 5.2.1972 (AOIPNka/030/195t. 1, S. 118–120); die Zusammenarbeit kündigte einseitig die VRP auf (vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 22.2.1972 [AOIPNka/030/195t. 1, S. 125]).

134 Als „Historyk“ im Nov. 1971 in Dortmund war, lernte er dort tatsächlich Wissenschaftler aus der Sowjetunion kennen, u. a. Prof. D. Toporin aus Moskau, Prof. G. Melade aus Tiflis sowie den Redakteur der Zeitschrift „Meždunarodnij Žizni“ W. Šumski. Überdies hielt sich damals in Dortmund Prof. R. Lukić aus Belgrad auf (vgl. Doniesienie służbowe TW „Historyk“ vom 9.11.1971 [AOIPNka/030/195t. 1, S. 58]).

135 Schriftliche Mitteilung Vladimir Bonać vom 2.9.2003.

136 Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 5.2.1972 (AOIPNka/030/195t. 1, S. 119 f.).

137 J. Nowak-Jeziorański war zunächst Leiter der polnischen Sektion der BBC (1948–1952); von 1952 bis 1975 leitete er die polnische Sektion von RFE in München (vgl. Nowa Encyklopedia PWN, Band 4, Warszawa 1996, S. 538; Robert T. Holt, Radio Free Europe, Minneapolis 1957, S. 49 f.).

Rhode.¹³⁸ Dies hatte seinen Grund in der positiven Einstellung Rhodes zur Ratifizierung des Bonn-Warschauer-Vertrages von 1972.¹³⁹ Zu Rhodes Angelegenheit und zu der des Schriftstellers Andrzej Brycht,¹⁴⁰ der angeblich im Westen habe verbleiben wollen, als er zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland gewesen sei, verfasste der IfM „Historyk“ einen separaten Bericht, der jedoch in den eingesehenen Archivalien nicht vorliegt. Der Bericht knüpfte an die Publikation¹⁴¹ von Brycht unter dem Titel „Raport z Monachium“ an.¹⁴²

Jan Nowak-Jeziorański wurde vom Andrzej Czechowicz, dem 1971 enttarneten Spion des kommunistischen Staatssicherheitsamtes,¹⁴³ als Zionist und Anhänger Hitlers¹⁴⁴ diffamiert. Der Journalist Joachim Görlich schrieb einen Bericht darüber im Rheinischen Merkur. Da in diesem konservativen Blatt Nowak-Jeziorański, wenn auch nur in einem Zitat, als ein NS-Treuhändler bezeichnet worden war, spielte der Staatssicherheitsdienst diese Nachricht aus. Man berief sich nicht mehr auf Czechowicz, sondern auf politisch-konservative Quellen aus der Bundesrepublik Deutschland, nämlich den Rheinischen Merkur.¹⁴⁵ Daraufhin kam es zu einem Prozess zwischen Görlich und Nowak, eine weitere Gelegenheit für die kommunistische Presse in Polen, den „Volksfeind Nr. 1“ Nowak-Jeziorański anzugreifen. Görlich wurde dabei „ungewollt zur Persona grata der polnischen Medien“.¹⁴⁶

Eine der späteren Charakteristiken in der Aktenüberlieferung „Wesera“ ist die von Prof. Dr. Georg Strobel von Mai 1980. Dem Verfasser, dem IfM „Historyk“, erschien politisch verdächtig, dass Strobel ohne Habilitation zum Professor der Politikwissenschaft in Darmstadt berufen worden war. Angeblich sollte

138 G. Rhode war 1966–1967 Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Mainz sowie 1966–1967 und von 1979 bis 1990 Vizepräsident des Präsidiums im Verein des Deutschen Poleninstitutes (vgl. URL: www.bautz.de/bbkl/r/Rhode_g.shtml; URL: www.deutsches-polen-institut.de/Verein/index.htmlXprsidium).

139 Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 6. 11. 1971 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 36–39).

140 Andrzej Brycht lebte zur Zeit des Rapports von IfM Historyk bereits seit einem Jahr in Kanada als politischer Asylant (vgl. Der Spiegel, Nr. 35/1971, S. 70 f.; Andrzej Brycht, *Azyl polityczny*, Łódź 1989). Im literarischen Werk greift Brycht nicht nur die westdeutsche Gesellschaft wegen mangelnder Abrechnung mit dem NS-System an, sondern auch die polnische Gesellschaft wegen ihrer realsozialistischen Kleinbürgerlichkeit und sogar polnische Exilkreise ihrer dürftigen Intellektualität halber (vgl. Andrzej Brycht, *Raport z Monachium*, Warszawa 1965; ders., *Azyl polityczny*, Łódź 1989).

141 Vgl. Andrzej Brycht, *Raport z Monachium*, Warszawa 1968.

142 Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 5. 2. 1972 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 114).

143 Vgl. Helmut Roewer/Stefan Schäfer/Matthias Uhl, *Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert*, München 2003, S. 100.

144 Die Arbeit von Nowak-Jeziorański in München versuchten neben dem bekannten V-Mann Czechowicz insgesamt drei Agenten der polnischen Staatssicherheitsbehörde auf verschiedene Art und Weise zu untergraben, meistens durch üble Nachrede (vgl. Jan Nowak-Jeziorański, *Fakty, wydarzenia, opinie*, Warszawa 2001, S. 249 f.).

145 Vgl. Nowak, *Polska*, S. 339 f.

146 Telefonische Mitteilung Joachim Görlich vom 27. 5. 2003 und schriftliche Mitteilung vom 26. 5. 2003; Platt, *Listy*, S. 36 f.

Dr. Herbert Hupka, damals Mitglied des Bundestages und zugleich Präsident der Landsmannschaft Schlesien, dabei behilflich gewesen sein. Strobel war weiter eine politisch relevante Persönlichkeit, weil er als Offizier der Bundeswehr einst im Hauptquartier der NATO in Frankreich tätig gewesen war. Zwar galt Strobel dem Staatssicherheitsamt als SPD-naher Wissenschaftler; trotzdem wurde er für den internen Gebrauch vom zuständigen V-Mann negativ beurteilt: Er lehne jegliche linken Gedanken ab, kommunistische ohnehin, und sei bemüht, den Polen zu helfen, sich aus der Gefangenschaft Moskaus zu befreien. Von den polnischen Wissenschaftlern in der gemeinsamen Schulbuchkommission halte er nicht viel, denn „was sind das für Wissenschaftler, die auf Hinweise des Politbüros der PVAP¹⁴⁷ hören müssen“.¹⁴⁸ Im Zusammenhang mit der Beschattung Strobels wurden Informationen über das Bundesinstitut für Ost- und Mitteleuropäische Studien in Köln nach Polen übermittelt. Eines der Ziele dieses Institutes war es – so der IfM „Historyk“ –, alle Arbeit der Osteuropaforschung¹⁴⁹ in der Bundesrepublik zu koordinieren. Der Wissenschaftliche Beirat entschied darüber, was die einzelnen Forschungsstellen im Bundesgebiet veröffentlichten. Fügten sich diese dem Urteil nicht, so konnte ihnen die Finanzierung versagt werden.

Strobel kannte sich auch in der polnischen Wissenschaftslandschaft aus, unterhielt z. B. Beziehungen zum Schlesischen Wissenschaftsinstitut in Kattowitz. Die Publikationen dieses Institutes bewertete er aber als einseitig: Sie seien zur Lektüre nicht geeignet. Das Schlesische Institut in Oppeln verurteilte er als gefährlich, weil es Nationalismus verbreitete. Die Notiz zu Strobel endet mit der Anmerkung: „Prof. Strobel ist eine der wichtigsten und gefährlichsten Personen der bundesdeutschen Ostforschung. Er strebt danach, Kontakte zu polnischen Wissenschaftlern zu knüpfen, um damit ‚Brücken zu bauen‘, wie sich versteht, im Sinne der revisionistischen Zentren in der BRD. Er genießt unter den westdeutschen Wissenschaftlern Achtung und Ehre, die über das Übliche hinausgehen.“¹⁵⁰

Eine Personalakte über Prof. Dr. Georg Strobel wurde aber erst nach einer Meldung vom 2. Februar 1981 angelegt. Damals teilte Strobel mit, er beabsichtige, wieder einmal nach Polen zu kommen, die Archive in Kattowitz und Oppeln zu besuchen.¹⁵¹

In den erwähnten Quellen werden auch viele Einzelheiten aus dem Privatleben ausspionierter Bundesbürger, Exilpolen und Bürger der Volksrepublik dargelegt und überdies Hinweise auf die beruflichen Beziehungen zwischen bestimmten Persönlichkeiten gegeben. Dabei finden sich Verweise auf weitere Wis-

147 Abkürzung: Polnische Vereinigte Arbeiterpartei.

148 Informacja dot. charakterystyki prof. Dr. Georga Strobela prac. Ostforschung w RFN vom 8. 5. 1980 (AOIPNka/030/195 t. 3, S. 239).

149 Im Text „Ostforschung“.

150 Informacja dot. charakterystyki prof. Dr. Georga Strobela prac. Ostforschung w RFN vom 8. 5. 1980 (AOIPNka/030/195 t. 3, S. 236 f.).

151 Informacja TW „Historyk“ vom 5. 2. 1981 (AOIPNka/030/195 t. 3, S. 244 f.).

senschaftler der Osteuropaforschung wie auf Dr. Imanuel Geiss¹⁵² oder Prof. Gotthold Rhode,¹⁵³ deren Personalakten in den bisher eingesehenen Quellen nicht gefunden wurden. Alle diese Fakten wurden u. a. deshalb gesammelt, weil zur wichtigsten Strategie der Anwerbung potentieller künftiger Mitarbeiter auch im Ausland die sog. „kompromittierenden Materialien“ gehörten.¹⁵⁴

Die Tätigkeit von „Historyk“ bestätigt die Bedenken hinsichtlich der tatsächlichen Bedeutung von Arbeitsergebnissen kommunistischer IfM in der Bundesrepublik, die im Kapitel über die Quellenkritik geltend gemacht wurden. Denn des Öfteren lieferte dieser Informationen, die ohne Mühe auch über die bundesrepublikanische Presse zu gewinnen gewesen wären. Zugleich verzichtete er in seinen Berichten nicht, darauf aufmerksam zu machen, wie viele neue Erkenntnisse die letzten beiden Deutschlandreisen erbracht hätten.¹⁵⁵ Das Interesse „Historyks“ an einem weiterem Einsatz in der Bundesrepublik tritt hierbei deutlich hervor.

Vom Wagner-Kreis beispielsweise berichtete „Historyk“, Graf Henkel von Donnersmarck aus Neudeck in Oberschlesien¹⁵⁶ sei Ehrenpräsident des Kreises, und Alois Kosler habe das Amt des Präsidenten (1971/72) inne. „Historyk“ legte über beide Personen eine Meldung vor, wusste aber mehr über die Vergangenheit Koslers als Beamten des Schulamtes in Oppeln bis 1933 anzumerken als über die momentane Tätigkeit beider Präsidenten zu berichten.¹⁵⁷

Über den Leiter des Ost- und Südosteuropa-Kreises im Auslandsinstitut der RWAG Dortmund, Dr. Vladimir Bonać, wurden Informationen an Polen weitergeleitet, die jedenfalls in der Bundesrepublik kein Geheimnis darstellten. Mochten sie auch für die Auswertungsstelle des polnischen Staatssicherheitsamtes neu sein, so belegen sie dennoch, dass die Auskünfte des Kundschafters weitgehend wertlos waren.¹⁵⁸ Bisweilen aber waren diese Mitteilungen schlicht falsch: So sollte Bonać sich mindestens einmal im Jahr in den USA aufgehalten und sich in

152 Vgl. Doniesienie TW „Tadeusz II“ von 1974 (AOIPNKa/030/195 t. 2, S. 108).

153 Über Rhodes Rolle in der „Ostforschung“ nach 1945 berichtete Goguel 1964, dass sich dieser um eine Revision des herkömmlichen nationalsozialistischen Geschichtsbildes im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen bemühe (vgl. Goguel, Über die Mitwirkung, S. 181); immerhin war Rhode zunächst ein Schüler von Hermann Aubin (vgl. Biographisch-Bibliographisches Lexikon, Band 16 [1999], Sp. 1358–1369), der zu jener Generation von Osteuropaforschern gehörte, die unmittelbar in den Nationalsozialismus involviert waren (vgl. Hackmann, Deutsche S. 27, 30, 35–38, 44).

154 Frazik/Musiał, Akta, S. 322.

155 Vgl. Notatka służbowa dot. nowych form oddziaływania instytucji RFN powiązanych z ośrodkami rewizjonistycznymi na obywateli PRL za granicą i w kraju vom 25.2.1977 (AOIPNKa/030/195 t. 3, S. 59).

156 Die oberschlesischen Großindustriellen von Donnersmarck, von Schaffgotsch, von Hohenlohe und von Ballestrem wurden vom polnischen Staatssicherheitsdienst spätestens seit 1956 ununterbrochen beobachtet (Założenie teczki zagadnieniowej vom 28.9.1956 [vgl. AOIPNKa/02/723]).

157 Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 5.2.1972 (AOIPNKa/030/195t. 1, S. 117 f.).

158 Vgl. Schriftliche Mitteilung Vladimir Bonać vom 2.9.2003.

dem dortigen wissenschaftlichen Milieu gut ausgekannt haben.¹⁵⁹ Tatsächlich besuchte er die USA privat und traf sich hauptsächlich mit Emigranten aus Osteuropa, die sich für die RWAG interessierten.¹⁶⁰

Gleichwohl spiegeln die eingesehenen Schriftstücke Umstände wider, die aufgrund ihrer historischen Zusammenhänge als zutreffend und historisch relevant anzusehen sind. Dazu gehören beispielsweise die Angelegenheit des Senders Free Europe oder die der Schulbuchkommission. Die Analyse zeigt ferner, dass ein V-Mann über längere Zeit nicht nur täuschen, sondern mindestens ab und zu tatsächlich im Sinne der Auftraggeber aktiv sein musste. So spielte „Historyk“ Prof. Rohde, Nowak-Jeziorański und Görlich gegeneinander aus und brachte es dahin, einen Keil in die Reihen der bundesdeutschen Wissenschaft, der Medienlandschaft und der Politik zu treiben. Gleichzeitig lieferte er der kommunistischen Propaganda Material für einen Angriff auf die o. g. Persönlichkeiten, durch den deren Glaubwürdigkeit, zumal in der polnischen Gesellschaft, leiden musste.

V. Abschließende Bemerkungen

Da sich die operativen Pläne „Wesera“ bis ins Jahr 1982 nachweisen ließen, gibt es sehr wahrscheinlich auch später datierte Quellen zu den im Text erwähnten Themen. Da auch die operative Arbeit „Ośrodek“ [dt. Zentrum] mindestens bis 1983 weiter geführt wurde,¹⁶¹ sind die Indizien für eine rege Tätigkeit polnischer kommunistischer Spione in der Bundesrepublik Deutschland bis 1989, insbesondere in wissenschaftlichen Kreisen der bundesrepublikanischen Osteuropaforschung, beträchtlich, gesicherte Kenntnisse über die Zeit nach 1983 aber kaum vorhanden.

Die Frage nach der personellen Kontinuität in der polnischen Wissenschaftswelt nach 1989 wurde nicht explizit behandelt, sondern nur aufgeworfen, als Problem thematisiert. Denn dass die Berichte von IfMs der Staatssicherheitsbehörde eine Voraussetzung politischer Entscheidungen im Volkspolen darstellten, steht jedenfalls für diejenigen Historiker fest, die die Aktenüberlieferung dieser Behörde in Polen bearbeiten.¹⁶² Überdies ist nunmehr belegt, dass die IfM nicht nur das Geschehen in Deutschland beobachteten, sondern auch beeinflussten. Befohlene „offensive Aufgaben“,¹⁶³ die in den eingesehenen Schriftstücken er-

159 Vgl. Doniesienie TW „Historyk“ vom 5. 2. 1972 (AOIPNKa/030/195t. 2, S. 118–120).

160 Schriftliche Mitteilung Vladimir Bonać vom 2. 9. 2003.

161 Vgl. Sprawa objektowa „Ośrodek“ 1974–1983 (AOIPNKa/030/188 t. 3).

162 Vgl. Frazik/Musiał, Akta, S. 339.

163 Informacja dot. charakterystyki prof. dr. Georga Strobel, prac. Ostforschung w RFN vom 8. 5. 1980 (AOIPNKa/030/195 t. 3, S. 236); auch die Fälle von Rhode, Nowak-Jeziorański und Görlich sowie der von Rademacher belegen die tatsächliche Einflussnahme kommunistischer IfMs auf das Berufs- und Privatleben von Bundesbürgern (vgl.

wähnt sind, belegen dies zusätzlich. Dieses Kapitel ist also für die politische Geschichte der Bundesrepublik und Polens von großer Relevanz, seine Aufarbeitung aber erst in den Anfängen.

Das Unternehmen „Wesera“ macht deutlich, dass die deutsch-polnischen Beziehungen um das Jahr 1970 nur bedingt als ein Symbol der Entspannung¹⁶⁴ und Normalisierung¹⁶⁵ im Kalten Krieg zu betrachten sind. Die Bundesrepublik Deutschland wirkte seit 1969 aus politischer Veranlassung im Sinne der Entspannungspolitik zwischen Ost und West in Europa,¹⁶⁶ zugleich aber aus verfassungsrechtlicher Verbindlichkeit auch für die freie Selbstbestimmung aller Deutschen in der Vereinigungsfrage.¹⁶⁷ Dabei war weiterhin das Verhältnis zwischen der VRP und der Bundesrepublik vom Kalten Krieg¹⁶⁸ bestimmt. Die neue Ostpolitik war somit nur ein Teil der Deutschlandpolitik: Das Bestreben der Brandt-Scheel-Regierung, die Bundesrepublik nach Osten zu öffnen, war nicht so sehr auf die UdSSR, schon gar nicht auf Polen, sondern vor allem auf die DDR gerichtet.¹⁶⁹ Im Jahre 1970 kam es mithin lediglich zu einem Kompromiss in Fra-

Doniesienie TW „Historyk“ vom 6.11.1971 [AOIPNKa/030/195 t. 1, S. 36–40]; Doniesienie TW „Historyk“ vom 7.12.1972 [AOIPNKa/030/195t. 1, S. 187]; Ramowy plan przedsięwzięć operacyjnych dot. Zagadnienia Instytutów Badania Wschodu FRN na lata 1973/74 vom 1.10.1973 [AOIPNKa/030/195 t. 1, S. 10].

164 Im Hinblick auf die sog. Ostverträge, die 1970 unterschrieben und daraufhin vom Deutschen Bundestag ratifiziert wurden, wird in der deutschen Geschichtswissenschaft und in der Geschichtspädagogik bis heute von „allgemeiner Entspannungspolitik zwischen Ost und West“ gesprochen. Vgl. Helmut Müller (Hg.), Schlaglichter der deutschen Geschichte, 3. Auflage Bonn 1996, S. 386–390, hier besonders 390; Hans G. Lehmann, Deutschland-Chronik 1945 bis 2000, Bonn 2002, S. 240.

165 So spricht, wer sich eher zurücknimmt, von Normalisierung statt von Entspannung. Vgl. Dieter Bingen, Ostverträge. In: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.), Handbuch zur deutschen Einheit, aktual. u. erw. Neuausgabe Frankfurt a. M. 1993, S. 512–521, hier 512; Hans-Adolf Jacobsen, Deutschland und Polen 1949–1989. In: Begleitbuch, S. 79–96, hier 89.

166 Jacobsen, Deutschland, S. 89.

167 Die Verbindlichkeit der Verfassung gemäß der Präambel des Grundgesetzes nahm nach wie vor das gesamte deutsche Volk in Anspruch, auf die Vereinigung hinzuwirken; gemeint waren also auch die deutschen Staatsangehörigen hinter der Oder-Neiße-Grenze. Vgl. Karl-Heinz Seifert/Dieter Hömig (Hg.), Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 3. Auflage Baden-Baden 1988, S. 23, 26 f.

168 Leonid Breschnew setzte sich 1968 nicht nur mit der nach seinem Namen genannten Doktrin durch, sondern legte die Bereitschaft des Westens zur Entspannung als Schwäche aus und nutzte sie im politischen Spiel aus. Die USA nahmen angesichts der politischen Misere in Vietnam die Ostpolitik der Deutschen aus innenpolitischen Gründen hin und befürworteten sie schließlich, auch wenn man diese Politik weiterhin mit großem Misstrauen verfolgte. Vgl. Rolf Steininger, Der Kalte Krieg, Frankfurt a. M. 2003, S. 36 f., 41.

169 Vgl. Udo Wengst, Kalter Krieg und geteiltes Deutschland. In: Horst Möller/Udo Wengst, Einführung in die Zeitgeschichte, München 2003, S. 173–228, hier 193; „Zu Vereinbarungen zwischen den beiden deutschen Staaten kommt es daher mittelbar erst auf dem Umweg über die Ostverträge“ (vgl. Lehmann, Deutschland-Chronik, S. 258); „Brandt wurde sich mit Richard M. Nixon im April 1970 einig, dass die Ostverträge erst dann ratifiziert werden sollten, wenn es konkrete vertragliche Fortschritte für Berlin gäbe“ (vgl. Steininger, Der Kalte Krieg, S. 38).

gen der Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze sowie der so genannten Familienzusammenführung. Es kam eine bilaterale, pragmatische Einigung auf staatlicher Ebene zwischen Westdeutschland und der VRP zustande, da sich die Lage in den Ost-West-Beziehungen allgemein verbessert hatte.¹⁷⁰ Die neuen Archivalien lassen erkennen, dass eine politische Entspannung von Seiten des Ostblocks ausblieb und die bundesdeutsche Politik eine einseitige Öffnung des Landes nach Osten in Kauf nahm. Diese Politik destabilisierte mit Sicherheit die Ostblockstaaten, indem sie dort die zivilgesellschaftlich starken, intellektuellen Kräfte erreichte und zum Widerstand mobilisierte; auf der anderen Seite machte sie die Bundesrepublik sicherheitspolitisch mehr als zuvor vom Beistand der NATO – der USA – abhängig. Nach 1981, als der neu gewählte Präsident Ronald Reagan die Entspannung des Westens als seine Schwäche und die Schwäche der westlichen Demokratie bezeichnete,¹⁷¹ wurde die Ostpolitik zu einem innenpolitischen Problem Westdeutschlands. Und als die sozialdemokratische Regierung die Kurzstrecken-Raketen auf deutschem Boden angesichts der fehlenden Entspannung von Seiten der UdSSR befürwortete, verstand die bundesdeutsche Gesellschaft diese Politik nicht, obwohl diese dem 1970 begonnenen Prozess nicht entgegenstand.

170 Fiszer vertritt die Auffassung, dass 1970–72 der Prozess der Normalisierung in den deutsch-polnischen Beziehungen institutionalisiert worden sei und einen rechtspolitischen Rahmen erhalten habe (vgl. Fiszer, Stosunki, S. 19); Görtemaker spricht hierbei vom „ersten Schritt zu einer Aussöhnung mit Polen“ (Görtemaker, Kleine Geschichte der Bundesrepublik, S. 238 f.).

171 Steininger, Der Kalte Krieg, S. 47.